

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept **für Pirna**

Stand – 28. November 2014

Beschluss durch Stadtrat am 28.04.2015

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Gliederung:

- 1. Einleitung**
- 2. Gesetzliche Rahmenbedingungen**
- 3. Ausgangsbedingungen**
 - 3.1. Demographische Gegebenheiten und Entwicklungen**
 - 3.2. Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Analyse entsprechend der Bevölkerungsbefragung und objektiven Einschätzung der Verwaltung**
 - 3.2.1. Betrachtungsfeld - Wohnraumbeschaffenheit**
 - 3.2.2. Betrachtungsfeld – Wohnumfeld/Infrastruktur/Nahversorgung**
 - 3.2.3. Betrachtungsfeld - Partizipation/ Freiwilligenarbeit bürgerschaftliches Engagement**
 - 3.2.4. Betrachtungsfeld – Betreuungs-, Pflege-, Kommunikationsangebote, behördliche Hilfesysteme**
- 4. Maßnahmenplan**
- 5. Quellenverzeichnis**

1. Einleitung

Pirna durchläuft seit mehr als zwei Jahrzehnten einen Prozess demografischer Veränderungen, der durch Schrumpfungs- und Alterungsprozesse geprägt ist. Zwar konnte die Schrumpfung der Einwohnerzahl durch Zuwanderungsgewinne seit 2010 gestoppt werden, der Trend der Zunahme des Anteiles verhältnismäßig gesünderer älterer Menschen einerseits und fehlendem Nachwuchs andererseits verläuft jedoch weiter. Schon jetzt sind 30% der Einwohner 65 Jahre und älter. Bis 2027 wird sich dieser Anteil weiter erhöhen. Etwa jeder fünfte Einwohner wird dann sogar 75 Jahre und älter sein. Von den demografischen Veränderungsprozessen sind die Stadtteile und –quartiere unterschiedlich betroffen. In einzelnen Stadtbereichen wird in wenigen Jahren fast jeder zweite Einwohner älter als 65 Jahre sein.

Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass die soziale Situation der älteren Einwohner maßgeblich von der Integration in das gesellschaftliche Leben beeinflusst wird. Entscheidend sind die möglichst lange Eigenständigkeit, Selbstversorgung und aktive Beteiligung am Leben. Hilfe und Unterstützung müssen dort angeboten werden, wo es erforderlich ist, um ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu sichern.

Dies setzt die Schaffung bzw. Aufrechterhaltung entsprechender Strukturen voraus – angefangen beim Wohnraum über die Nahversorgung bis hin zur Wohnumfeld- und Mobilitätsgestaltung.

Mit der Seniorenpolitischen Gesamtkonzeption, als Bestandteil der planmäßigen Fortschreibung der Sozialen Konzeption von 2008, soll die Richtung der künftigen Seniorenpolitik der Stadt Pirna vorgegeben werden. Die komplexen Bedarfe der älteren Generationen werden in der Konzeption analysiert sowie Entwicklungsperspektiven und Handlungsoptionen in Form notwendiger Maßnahmen aufgezeigt.

Eine Orientierung an den Leitzielen der Stadt Pirna „Selbstbestimmtheit“ und „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ steht dabei im Vordergrund. Es gilt, die älteren Menschen aktiver gesellschaftlich und politisch einzubinden sowie ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu nutzen. Gleichzeitig müssen finanzierbare pflegerische Infrastrukturen und Wohnraumangebote entsprechend der Bedarfe zur Verfügung gestellt werden.

Sowohl bei der Bestandsanalyse als auch Maßnahmenentwicklung wurde thematisch gegliedert nach folgenden Bereichen:

- Wohnraumbeschaffenheit,
- Wohnumfeld/ Infrastruktur/ Nahversorgung,
- Partizipation/ Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement,
- Betreuungs-, Pflege-, Kommunikationsangebote, behördlichen Hilfesysteme,

Methodisch wurde dabei folgendermaßen vorgegangen:

Bestandsaufnahme	Expertengespräche (Februar 2014) Bevölkerungsbefragung (Februar – März 2014)
Analyse der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung und Fachworkshops / Zielfindung	Wissenschaftliche Analyse der Ergebnisse der Bestandserfassung (Mai –August 2014) Erarbeitung /Verständigung gemeinsam mit der Lenkungsgruppe und Fachleuten vor Ort / Fachworkshops (Juni/ August 2014) Sitzungen der Lenkungsgruppe (Dezember/Mai/August 2014)

Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen	Verständigung gemeinsam mit der Lenkungsgruppe (August 2014)
-----------------------------------------	-----------------------------------------------------------------

Für die Befragung bzw. wissenschaftliche Begleitung der Konzeptionserstellung wurde die Evangelische Hochschule Dresden gewonnen, die in der empirischen Sozialforschung in den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege über entsprechende weitreichende Erfahrungen und Referenzen verfügt.

Die Problemanalyse und Bestandsaufnahme erfolgte als klassische SWOT-Analyse zu Stärken und Chancen sowie zu Schwächen und Risiken. Grundlage dafür bildete einerseits die Auswertung vorhandener statistischer Daten der Verwaltung bzw. der Fachleute (objektive Bestandsaufnahme). Außerdem wurden explizit die Bedarfe der Bürger der Stadt Pirna in Form der Bürgerbefragung erhoben (subjektive Bestandsaufnahme).

Zur inhaltlichen und organisatorischen Steuerung des Planungsprozesses diente die eigens gebildete Lenkungsgruppe. Diese bestand aus folgenden Mitgliedern:

- ansässigen Wohnungsunternehmen
- Landkreis – Abt. Soziale Leistungen
- Vertretern der Fraktionen des Stadtrates
- LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
- Seniorenvertretung Pirna in Zusammenarbeit mit der Aktion Zivilcourage e.V.
- Evangelische Hochschule Dresden
- einschlägigen Fachgruppen der Stadtverwaltung (Stadtentwicklung, Stadtsanierung, Schulen und Soziales), der Gleichstellungsbeauftragten

Zur Umsetzung der Konzepterstellung beteiligte sich die Verwaltung am Bundes-Förderprogramm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ Projekttyp B – Konzeptentwicklung.

Das Programm entstand aus der Tatsache heraus, dass die Entwicklung eines strategischen Konzeptes im Hinblick auf ein selbstbestimmtes Altern einen wichtigen Schwerpunkt im Rahmen der Demografiestrategie in unserem Land einnehmen wird.

Es bietet außerdem im Programmtyp A die Möglichkeit der Förderung von neuen Praxisprojekten vor Ort. Hierfür ist seitens der Kommune die Bewerbung mit einem konkreten Umsetzungsprojekt erforderlich.

2. Gesetzliche Rahmenbedingungen

Aktuelle Leistungsansprüche im Rahmen der Alten- und Behinderten- sowie Sozialhilfe basieren im Wesentlichen auf folgenden Teilen des Sozialgesetzbuches (SGB) entsprechend nachfolgender Übersicht, ergänzt mit der jeweiligen Zuständigkeit.

Einteilung nach SGB	Inhalt	Zuständigkeit
SGB V	Gesetzliche Krankenversicherung	Krankenkassen
SGB VI	Gesetzliche Rentenversicherung	Rententräger
SGB IX	Behindertenhilfe <ul style="list-style-type: none">Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter MenschenNachteilsausgleiche	Reha- Träger
SGB XI	Soziale Pflegeversicherung <ul style="list-style-type: none">Pflegeberatung<u>Ambulante und stationäre Leistungsarten, wie:</u>PflegegeldSach- und KombinationsleistungenTages- und NachtpflegeLeistungen im WohnumfeldVerhinderungs- und Kurzzeit-pflegePflegekurse	Pflege- bzw. Krankenkassen
SGB XII	Sozialhilfe <ul style="list-style-type: none">Hilfe zum LebensunterhaltGrundsicherung im Alter bei ErwerbsminderungHilfe zur GesundheitHilfe zur Pflege in EinrichtungenHilfe zur Überwindung besonderer sozialer SchwierigkeitenHilfe in anderen LebenslagenLeistungen der Eingliederungshilfe	Nachrangig: Kommunaler Sozialverband (KSV) Kreisfreie Städte Landkreise
Wohngeldgesetz (WoGG)	Wohngeld	LKR Kreisangehörige Städte

Die Bedarfsplanung für den Bereich der Pflege liegt in der Verantwortung des Freistaates Sachsen. Der Landkreis ist jedoch in der Pflicht, die bedarfsgerechte Versorgung im ambulanten, teilstationären sowie im stationären Bereich zu gewährleisten.

Die Pflichtaufgaben im Bereich der Sozialhilfe nach SGB XII liegen in Zuständigkeit des örtlichen Trägers. In diesem Fall ist dies der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (LKR).

Diese Leistungen der Sozialhilfe sind grundsätzlich vom Einkommen des Hilfebedürftigen abhängig und werden grundsätzlich nachrangig gegenüber Sozialleistungen anderer Träger (z.B. Krankenkassen) an nachfolgend genannte Personengruppen erteilt:

- außerhalb von Einrichtungen - altersunabhängig
- in Einrichtungen - Hilfeempfänger im Alter von 0 - unter 18 und ab 65 Jahren

Es handelt sich hierbei vorrangig um Sach- und Geldleistungen für die betreffenden Personen entsprechend der jeweils gültigen Regelsätze, aber auch um Dienstleistungen.

Nach §14 SGB I und §11 SGB XII besteht für die Bürgerinnen und Bürger ein Rechtsanspruch auf Beratung und Information, für dessen Durchsetzung wiederum der Landkreis verantwortlich zeichnet. Diese führt er z. T. selbst durch bzw. bedient sich beispielsweise freier Träger. (§17, SGB I)

Die Gesamtverantwortung des Landkreises im Rahmen der örtlichen Daseinsfürsorge (Art. 28 Abs. 2 GG) bedeutet nicht, dass alle dazu erforderlichen Hilfen, Dienste und Einrichtungen selbst bereitgestellt werden. Wichtige Partner sind dabei die Mitglieder und die von ihnen vertretenen Untergliederungen, Projekte und Angebote der Liga der Wohlfahrtsverbände des Landkreises Sächsische Schweiz - Osterzgebirge.

Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass nach § 99 SGB XII die Länder bestimmen können, inwieweit die örtlichen Träger der Sozialhilfe sowie diesen zugehörige Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben nach SGB XII herangezogen und ihnen dabei Weisungen erteilt werden können.

Aus der Darstellung der o. g. Gesetzlichkeiten geht hervor, für welche sozialen Maßnahmen der örtliche Träger der Sozialhilfe entsprechend der gültigen Gesetzgebung zuständig ist.

Unabhängig davon obliegen gemäß §§ 1 und 2 der Neufassung der Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen (SächsGemO) vom 03.04.2014 jedoch ebenfalls der Gemeinde ihre Aufgaben zum gemeinsamen Wohl aller Einwohner. D.h. im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit erfüllt sie in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben in eigener Verantwortung und schafft die für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Wohl ihrer Einwohner erforderlichen Einrichtungen, soweit dies nach Gesetz nicht anders bestimmt ist.

Die gemeinwesenorientierte Altenarbeit (Prävention, kulturelle und soziale Angebote, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ...) gehören zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben der Kommune. Die Erfüllung dieser freiwilligen Aufgaben steht immer unter dem Finanzierungsvorbehalt.

Dies ist Ausgangspunkt für die weitere Betrachtungsweise.

3 Ausgangsbedingungen

3.1. Demographische Gegebenheiten und Entwicklungen

Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist die dominante Größe hinsichtlich der langfristigen Gesamt-Bevölkerungsentwicklung. Sie wird von der Entwicklung der Geburten und Sterbezahlen bestimmt.

Die Analyse der Geburten der letzten Jahre lässt keine eindeutige Trendentwicklung erkennen, die Zahl der Geburten schwankte zwischen 270 (2010) und 318 (2012)

Anzeichen für eine künftig deutliche Zunahme der Geburten sind derzeit nicht zu erkennen.

Die Zahl der Sterbefälle übersteigt in Pirna bereits seit Anfang der 1970er Jahre die Zahl der Geburten. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist somit seit etwa 40 Jahren von Geburtendefiziten geprägt. Diese lagen in den letzten 5 Jahren bei etwa 270 Personen pro Jahr. 2013 wurden 296 Geburten und 598 Sterbefälle registriert, das Geburtendefizit betrug 302 Personen.

Insgesamt wird in Pirna in den letzten Jahren nur eine Geburtenrate von 1,3-1,4 Kindern je Frau erreicht. Diese Entwicklung ordnet sich in die gesamtdeutsche Entwicklung ein, bei der eine Elterngeneration aufgrund der geringen Geburtenzahl nur zu etwa 2/3 von ihren Kindern ersetzt wird.

	2009	2010	2011	2012	2013
Geburten	298	270	285	318	296
Sterbefälle	586	558	527	538	598
Geburtendefizit	288	288	242	220	302

natürliche Bevölkerungsentwicklung in Pirna im Zeitraum 2009-2013

Quelle: Stadt Pirna

In der Prognose ist davon auszugehen, dass die Geburtenrate bis 2025 auf 1,45 Kinder je Frau leicht ansteigen wird. Trotz steigender Geburtenraten wird jedoch die absolute Zahl der jährlichen Geburten bis 2027 weiter zurückgehen, da die Zahl der potentiellen Mütter abnimmt. Das Geburtenniveau der letzten Jahre (ca. 290 Geburten pro Jahr) wird noch so lange gehalten werden, solange die vergleichsweise geburtenstarken Jahrgänge der 1970er und 1980er Jahre ihre Familienplanung abschließen.

Bereits ab 2015 wird sich jedoch der Echoeffekt des Geburtsschocks nach 1990 bemerkbar machen. Der Rückgang der Zahl potentieller Mütter wird dann eine weitere Reduzierung der Zahl der Geburten nach sich ziehen, auch wenn die Fruchtbarkeitsrate bis 2025 noch leicht ansteigen wird.

Künftig ist ebenso mit einer Zunahme der Sterbefälle zu rechnen, da im Zuge der Alterung der Pirnaer Einwohner stärker besetzte Jahrgänge in höhere Altersklassen vorrücken und einem erhöhten Mortalitätsrisiko ausgesetzt sind. Dieser Trend wird auch durch eine steigende Lebenserwartung nicht ausgeglichen.

Zusammenfassend ist künftig von einer weiteren ungleichen Entwicklung der Zahl der Geburten und Zahl der Sterbefälle auszugehen.

Das seit Jahren stetig vorhandene Geburtendefizit wird auch weiterhin eine Verschiebung in der Altersgruppenverteilung der Stadt Pirna zu Gunsten der älteren Generationen (50+) hervorrufen.

Räumliche Bevölkerungsentwicklung

Die räumliche Bevölkerungsentwicklung umfasst die Zuzüge nach bzw. Wegzüge über die Stadtgrenzen von Pirna.

Das Muster der räumlichen Bevölkerungsentwicklung war in den letzten Jahren, insbesondere seit 2011, von deutlichen Wanderungsgewinnen geprägt. Diese lagen in den letzten 5 Jahren im Durchschnitt bei etwa 170 Personen pro Jahr.

Die insgesamt beobachteten Wanderungsgewinne der Jahre 2011-2013 führten zu einem Ausgleich des Geburtendefizits. Damit stagniert die Einwohnerzahl Pirnas seit Ende 2010 bei ca. 38.700 Personen.

	2009	2010	2011	2012	2013
Zuzug	1702	1543	1794	1786	1747
Wegzug	1675	1641	1541	1469	1397
Wanderungssaldo	+27	-98	+253	+317	+350

räumliche Bevölkerungsentwicklung in Pirna im Zeitraum 2009-2013

Quelle: Stadt Pirna

In der für das SPK relevanten Zielgruppe (50+) verzeichnet Pirna seit mehreren Jahren Wanderungsgewinne. Die Alterung der Stadt schreitet also nicht nur durch das Geburtendefizit, sondern auch durch Zuzüge von Personen der Altersgruppe 50+ voran.

	2009	2010	2011	2012	2013
Zuzug	366	416	302	300	357
Wegzug	243	225	245	237	203
Wanderungssaldo	+123	+191	+57	+63	+154

räumliche Bevölkerungsentwicklung der Altersgruppen 50+ in Pirna im Zeitraum 2009-2013

Quelle: Stadt Pirna

Die Wanderungen der Altersgruppe 50+ ordnen sich in bekannte Wanderungsmuster ein, die sich oftmals an einzelne Lebensphasen orientieren¹:

- Bildungswanderung (16-20 Jahre),
- Arbeitsplatzwanderung (21 bis 34 Jahre),
- Wohn- und Wohnumfeldwanderung (35-49 Jahre),
- Altersruhesitzwanderung (ab 50 Jahre).

Für Wanderung in der sogenannten zweiten Lebenshälfte (Nachfamilienphase) lassen sich verschiedenste Gründe benennen. Bedeutendes Motiv ist bis zum Renteneintritt noch die Arbeitsplatzwanderung. Die Wanderung der über 65-Jährigen kennzeichnen Motive wie Anpassung der Wohnbedürfnisse,

Familiennähe, Gesundheitsversorgung, kurze Wege, Kultur- und Freizeitangebot, wobei die Anpassung der Wohnbedürfnisse (altersgerechte Wohnung und Wohnumfeld) mit zunehmendem Alter und mit der Zunahme gesundheitlicher Beschwerden an Bedeutung gewinnt.

¹ Jürgen Bähr: Bevölkerungsgeographie. Stuttgart 1997, S. 349

Betrachtet man die Herkunftsorte der nach Pirna zugezogenen „Alterswanderer“, dann stammen zwischen 50% - 80% aus den Gemeinden des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bzw. aus Dresden. Der Anteil der aus diesen beiden Teilregionen Zuwandernden steigt mit zunehmendem Alter und ist insbesondere in der Altersgruppe 75+ sicher auch im Zusammenhang mit den in Pirna vorhandenen Einrichtungen der Alterspflege und des Alterswohnens zu sehen.

Ein überregionaler Zuwanderungstrend der Altersruhesitzwanderer (65+) („Pensionopolis“) ist derzeit jedoch nicht zu beobachten.

Grundlegend kann jedoch auch festgestellt werden, dass die Wanderungsneigung der Gruppe 50+ insgesamt gering ist. Die Altersgruppe 50+ stellt aktuell 51% der Pirnaer Einwohner, der Anteil der Gruppe an den Zu-, Weg- und Umzügen liegt aber nur bei 17-20% und nimmt ab 65 Jahren nochmals deutlich ab.

Die Zahlen machen deutlich, dass innerhalb der Altersgruppe 50+ die „Sesshaftigkeit“ und der Wunsch nach dem Verbleib in der bisherigen Wohnung und der bekannten Wohnumgebung überwiegen. Der „letzte Umzug“ führt dann ab dem Alter von 75 Jahren in über 70% der Fälle in eine der in Pirna vorhandenen Alters- und Pflegeeinrichtungen.

	Zuzüge nach Pirna	Wegzüge aus Pirna	Umzüge innerhalb Pirna
Fälle insgesamt	1.747	1.397	1.987
davon 50+	366 (21%)	243 (17%)	402 (20%)
davon 65+	185 (11%)	135 (10%)	181 (9%)
davon 75+	108 (6%)	93 (7%)	118 (6%)

Anteil der Altersgruppen 50+ an den Zu-, Weg- und Umzügen in Pirna im Jahr 2013

Quelle: Stadt Pirna

In der Prognose sind räumliche Bevölkerungsbewegungen aufgrund vielfältiger wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Geburten- und Sterberaten ungleich schwerer zu prognostizieren.

Es ist derzeit davon auszugehen, dass mit weiterem Fortschreiten der Alterung der Pirnaer Einwohner die Wegzugswahrscheinlichkeit abgeschwächt wird, da Wanderungen überwiegend von jungen Altersgruppen getragen werden.

Im Gegenzug wird die Zuzugswahrscheinlichkeit nach Pirna für die Altersgruppe 50+ vermutlich mind. auf gleichem Niveau wie in den letzten Jahren bestehen bleiben oder sogar noch ansteigen. Mit fortschreitenden demografischen Wandel ist von einer weiteren Ausdünnung der öffentlichen und privaten Dienstleistungen/Infrastrukturen im ländlichen Raum rund um Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge) auszugehen, so dass Pirna aus den o.g. Gründen weiter ein Ziel für Alterswanderer bleiben wird. Dies setzt allerdings voraus, dass die in der Stadt vorhandenen öffentlichen und privaten Dienstleistungen/Infrastrukturen auf einem höheren Niveau vorgehalten werden, als im Umfeld.

Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung nimmt deutschlandweit seit mehreren Jahrzehnten zu. Auch künftig ist von einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung auszugehen. Dafür lassen sich mehrere Gründe benennen²:

- Veränderungen des individuellen Verhaltens,
- Rückgang körperlich belastender Berufe,
- Reduzierung der psychosozialen Stressbelastung,
- Entwicklung eines verstärkten Gesundheitsbewusstseins und einer gesundheitsbewussteren Lebensweise des Einzelnen,
- medizinischer und technischer Fortschritt, insbesondere eine verbesserte Früherkennung und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug in Sachsen nach der Sterbetafel 2010/12 bei der Geburt

- für Jungen 77,5 Jahre (1993/95: 71,4 Jahre) und
- für Mädchen 83,3 Jahre (1993/95: 78,7 Jahre).³

Aktuelle Forschungen gehen sogar davon aus, dass bei einem weiter anhaltenden Trend der steigenden Lebenserwartung jedes zweite der im Jahr 2007 in Deutschland zur Welt gekommenen Babys über 100 Jahre alt werden kann.⁴

Allerdings ist diese Lebenserwartung eine fiktive Zahl, die auf der Extrapolierung jetziger Verhältnisse beruht und Faktoren, welche den Lebensdurchschnitt der kommenden Generation beeinflussen können, nicht berücksichtigt.

Genauer sind hingegen die Angaben der fernerer (verbleibenden) Lebenserwartung. Sie gibt an, wie viele weitere Lebensjahre Menschen eines bestimmten Alters nach den aktuellen Sterblichkeitsverhältnissen noch weiterleben. Auch für ältere Menschen hat die fernere Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten stetig weiter zugenommen. Sie betrug nach der bundesdeutschen Sterbetafel 2009/11 für

- Männer im Alter von 65 Jahren noch 17,5 Jahre,
- Frauen im Alter von 65 Jahren noch 20,7 Jahre,
- Männer im Alter von 80 Jahren noch 7,8 Jahre,
- Frauen im Alter von 80 Jahren noch 9,1 Jahre.⁵

Daten zur Lebenserwartung der Pirnaer liegen nicht vor. Hilfsweise erfolgte jedoch eine Betrachtung des durchschnittlichen Alters beim Tod für die Jahre 2009-2013. Hier zeigt die Analyse auf, dass

- das durchschnittliche Todesalter in den letzten Jahren angestiegen ist, was mit den bundesweiten Trend zur Erhöhung der Lebenserwartung korreliert,

² <http://www.demografische-forschung.org/archiv/defo1302.pdf> (Abruf 25.02.2014)

³ https://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Bev/02_03_07_vorZgraf.pdf (Abruf 25.02.2014)

⁴ <http://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/lebenserwartung-in-reichen-laendern-generation-100-wird-geboren-a-652727.html> (Abruf 25.02.2014)

⁵ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Tabellen/LebenserwartungDeutschland.html> (Abruf 25.02.2014)

- die Menschen im Stadtteil Inneres Stadtgebiet und im Stadtteil Graupa/Bonnewitz ein überdurchschnittliches Todesalter aufweisen während
- die Menschen in den Stadtteilen Sonnenstein/Cunnersdorf und Copitz/Posta ein unterdurchschnittliches Todesalter aufweisen.

Aussagen über die anderen Stadtteile können aufgrund der geringen Anzahl vorliegender Datensätze nicht getroffen werden.

Stadtteil	2009	2010	2011	2012	2013
Inneres Stadtgebiet	81,1	81,1	81,1	79,6	81,8
(Anzahl der Sterbefälle im Jahr)	309	276	255	279	297
Sonnenstein/Cunnersdorf	73,1	75,0	74,7	75,3	73,4
(Anzahl der Sterbefälle im Jahr)	78	87	76	73	83
Copitz/Posta	74,7	73,6	74,6	75,6	76,6
(Anzahl der Sterbefälle im Jahr)	108	106	118	88	127
Graupa/Bonnewitz	80,8	80,8	84,2	83,0	83,7
(Anzahl der Sterbefälle im Jahr)	47	50	33	50	43
Pirna gesamt	78,2	78,0	78,2	78,4	79,0
(Anzahl der Sterbefälle im Jahr)	586	558	527	538	598

durchschnittliches Alter beim Tod in ausgewählten Pirnaer Stadtteilen 2009-2013

Quelle: Stadt Pirna

Die Ursachen des teilsäumlich differenzierten Todesalters sind nicht abschließend bestimmbar. Anzunehmen sind Zusammenhänge

- zur ehemaligen Beschäftigung eines Teils der Einwohner in großen regionalen DDR - Produktionsbetrieben mit schwerer körperlicher und gesundheitsgefährdender Arbeit,
- zum sozialen Status der Einwohner in den jeweiligen Stadtteilen und daraus abgeleitet zum Gesundheitsbewusstsein bzw. zur gesundheitlichen Vorsorge,
- zur räumlichen Konzentration der vorhandenen Pflegeheimplätze im Bereich der Innenstadt.

Untergliederung der Altersgruppe 50 +

Neben dem Rückgang der Einwohnerzahl ist die zunehmende Alterung die zweite wesentliche Tendenz der in Pirna zu beobachtenden Bevölkerungsentwicklung. Dafür sind einerseits die zu geringen Geburtenzahlen verantwortlich, denn bei einer Geburtenrate von nur 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau wird die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln von Ihren Kindern ersetzt. Die Bevölkerungspyramide wird so an Ihrer Basis immer schmaler. Andererseits verbreitert sich die Bevölkerungspyramide in den höheren Altersgruppen aufgrund der bereits angesprochenen Erhöhung der Lebenserwartung.

Die Kombination von niedriger Geburtenrate und zunehmender Lebenserwartung führt mittel- und langfristig zu einer alternden Gesellschaft. Auch wenn der Trend der Schrumpfung der Pirnaer Einwohnerzahl aktuell durch Zuzüge gestoppt wurde, ist der gleichzeitig zu verzeichnenden Trend der Alterung nicht umkehrbar.

Die Benennung der relevanten Altersgruppe 50+ ist vielseitig, im Marketing und den Sozialwissenschaften werden dafür u.a. die Begriffe „Best Ager“, „Generation Gold“, „Silver Ager“, „Golden Ager“, „Third Ager“, „Mid-Ager“, „Master Consumer“ oder „Senior Citizens“ verwendet.

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass diese Gruppe in sich jedoch keinesfalls homogen strukturiert ist:

„So wenig ein 15-jähriger Schüler und ein 45-jähriger Manager in ihrer Mediennutzung und ihren Konsumgewohnheiten gemeinsam haben, so wenig eint einen 55-jährigen Manager und einen 80-jährigen Bewohner eines Seniorenheims.“⁶

Unabhängig von der weiter voranschreitenden Ausdifferenzierung der individuellen Lebensstile auch im Alter 50+ lassen sich jedoch zwei markante Punkte/Zeitspannen benennen, die eine demographische Unterscheidung der Gruppe der über 50jährigen in sich ermöglichen:

Der Zeitpunkt des Renteneintritts

Der Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Berufsleben betrug 2009 nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung im Durchschnitt 63 Jahre⁷, real bildet aber aufgrund Frühverrentung, Altersarbeitslosigkeit etc. eher eine Zeitspanne um das 60. Lebensjahr den Renteneintritt realistisch ab. Künftig wird das Renteneintrittsalter (Rente mit 67) ansteigen. Der Renteneintritt stellt in zweierlei Hinsicht einen Einschnitt ins Leben dar:

- Erhöhung des Zeitbudgets für Familie, Freunde, Freizeit, Hobbys und damit potentiell auch für ehrenamtliche Tätigkeiten etc.,
- Reduzierung des zur Verfügung stehenden Einkommens.

Ergänzend muss hier noch auf den beruflichen Hintergrund hingewiesen werden: Das Renteneintrittsalter hängt stark von der ausgeübten Tätigkeit ab. Gegenwärtig scheint zu gelten: Je stärker die physische Belastung (z.B. in Handwerk und Industrie), desto früher der Renteneintritt (und desto geringer die finanzielle Rentenhöhe). Wer formal besser qualifiziert ist (z.B. akademische Berufe oder generell geistes- und naturwissenschaftliche Berufe), geht älter in Rente (und verfügt meist auch finanziell über höhere Spielräume).

Insgesamt markiert das Alter von 65 Jahren den Renteneintritt als einen markanten Punkt in der individuellen Lebensphase der über 50jährigen.

Die Zeitspanne zunehmender gesundheitlicher Beschwerden

Die Menschen leben heutzutage nicht nur länger, sie können diese Zeit auch überwiegend gesund verbringen. Dennoch nimmt mit zunehmendem Alter der Anteil derjenigen, die sich gesundheitlich beeinträchtigt sind bzw. pflegebedürftig werden zu. Dafür stellt derzeit das Alter von 75 Jahren eine statistische Grenze dar. Jenseits der 75 Jahre steigt das Risiko auch dauerhafter gesundheitlicher Einschränkungen (chronische Krankheiten, Beeinträchtigungen von Sehen, Hören, Mobilität) bis hin zum Eintritt von Behinderungen sowie der dauerhaften Pflegebedürftigkeit.⁸

Die Altersgrenze von 75 Jahren entspricht auch nahezu dem Selbstbild der Betroffenen. In den seit 2000 von der KarstadtQuelle Versicherung durchgeführten Befragungen zum Alltagsleben der über 45jährigen Menschen wurde zuletzt (2009) die Grenze zwischen „alt sein“ und „nicht alt sein“ mit 77 Jahren festgelegt.⁹

⁶ <http://www.tagesspiegel.de/medien/fernseh-werbung-kukident-und-konsum/1277824.html> (Abruf 11.03.2014)

⁷ Statistisches Bundesamt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU. Wiesbaden 2011, S. 43

⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2013, S. XXXIX bzw. S. 286f.

Damit lässt sich die Zielgruppe 50+ in folgende demographische Teilgruppen unterscheiden:

- die Gruppe der 50 bis 64jährigen,
- die Gruppe der 65 bis 74jährigen,
- die Gruppe 75+.

Bestand und Prognose der Altersgruppe 50 +

Die Einwohnerzahl Pirnas hat sich nach Jahren der Schrumpfung seit 2010 auf einem konstanten Niveau von ca. 38.700 Einwohnern stabilisiert. Dies hat v.a. mit dem Wanderungsverhalten der letzten Jahre zu tun: es sind deutlich weniger Menschen aus der Stadt weggezogen, während die Zahl der Zuzüge auf gleichen Niveau blieb. Dadurch wuchs der Wanderungsgewinn, was wiederum zum Ausgleich des Geburtendefizits beitrug.

In der Prognose ist davon auszugehen, dass das Geburtendefizit nicht dauerhaft durch Zuzüge ausgeglichen werden kann. Auch in den Herkunftsorten bzw. -regionen der nach Pirna ziehenden Menschen wirkt der demographische Wandel, so dass das Potenzial der „Umzugswilligen“ als endlich angesehen werden muss. Langfristig ist deshalb, wenn keine Gegensteuerung erfolgt, von einer weiteren Abnahme der Pirnaer Einwohnerzahl auszugehen.

Die vorliegende Prognose geht für die nächsten Jahre aufgrund von Wanderungsgewinnen noch von einer konstanten bis leicht wachsenden Einwohnerzahl aus, bevor ab etwa 2022 eine leichte Schrumpfung der Einwohnerzahl einsetzen soll. Für 2027 wird eine Einwohnerzahl von knapp 39.000 Einwohnern angestrebt.

Die Stadt Pirna strebt jedoch an, den Zuwanderungstrend der letzten Jahre durch die weitere Bereitstellung von Wohnbauflächen und ein Marketingmaßnahmen zu verstetigen und die Einwohnerzahl auf mind. 40.000 Einwohner zu erhöhen.

Trotz der stabilen Einwohnerentwicklung der letzten Jahre schritt die Alterung weiter voran. Die Gruppe 50+ hat in den letzten Jahren zahlenmäßig zugelegt, mittlerweile ist mehr als jeder zweite Pirnaer 50 Jahre und älter.

Bis 2027 wird sich die Anzahl der über 50jährigen in Pirna leicht auf reichlich 20.000 Einwohner erhöhen.

	2009	2010	2011	2012	2013	2022	2027
Einwohner Pirna	39.083	38.606	38.584	38.697	38.743	ca.39.000	ca.38.800
davon 50 Jahre und älter (50+)	19.079 (49%)	19.185 (50%)	19.336 (50%)	19.620 (51%)	19.740 (51%)	20.700 (53%)	20.400 (53%)

⁹ KarstadtQuelle Versicherung: Die freie Generation 2009. Nürnberg 2009, S. 6

(Anteil an der Gesamteinwohnerzahl)							
----------------------------------------	--	--	--	--	--	--	--

Bevölkerungsentwicklung Pirna und Altersgruppe 50+ im Zeitraum 2009-2027

Quelle: Stadt Pirna

Innerhalb der Altersgruppe 50+ entfällt ein Anteil von etwa 43% auf die Gruppe der 50 bis 64jährigen, mithin also auf die Gruppe, die i.d.R. noch im Berufsleben stehen. Ihr Anteil ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Das liegt v.a. am langsamen Nachrücken der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge („Babyboomer“) der 1960er Jahre in diese Altersgruppe.

Für den Zeitraum bis 2027 wird sich die Anzahl der Personen in dieser Altersgruppe leicht reduzieren, da sich hier das Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge der 1970er Jahre bemerkbar macht.

	2009	2010	2011	2012	2013	2022	2027
Einwohner Pirna	39.083	38.606	38.584	38.697	38.743	ca.39.000	ca.38.800
davon zw. 50 und 64 Jahren (Anteil an der Gesamteinwohnerzahl)	7.746 (20%)	7.859 (20%)	8.097 (21%)	8.294 (21%)	8.467 (22%)	ca.8.500 (22%)	ca.8.000 (21%)

Bevölkerungsentwicklung Pirna und Altersgruppe 50 bis 64 Jahre im Zeitraum 2009-2027

Quelle: Stadt Pirna

Die Zahl der 65-74jährigen, die in der Literatur oft als „junge Alte“ bezeichnet werden, hat sich in den letzten Jahren in Pirna deutlich reduziert. Die Altersgruppe umfasst derzeit die Geburtsjahrgänge 1939-1948. In der abnehmenden Besetzung spiegeln sich die Bevölkerungsverluste durch den Zweiten Weltkrieg bzw. die kriegsbedingt geringe Geburtenzahl („Geburtenausfall“) dieser Zeit wieder.

Die Besetzung dieser Altersgruppe wird in den nächsten Jahren auf dem bisherigen Niveau verharren.

	2009	2010	2011	2012	2013	2022	2027
Einwohner Pirna	39.083	38.606	38.584	38.697	38.743	ca.39.000	ca.38.800
davon zw. 65 und 74 Jahren (Anteil an der Gesamteinwohnerzahl)	6.532 (17%)	6.312 (16%)	6.010 (16%)	5.827 (15%)	5.532 (14%)	ca.5.300 (13%)	ca.5.400 (15%)

Bevölkerungsentwicklung Pirna und Altersgruppe 65 bis 74 Jahre im Zeitraum 2009-2027

Quelle: Stadt Pirna

Die Zahl der Pirnaer, die 75 Jahre und älter sind, wird in den nächsten Jahren zunehmen, da verstärkt die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre in diese Altersgruppe nachrücken.

Anhand der Gruppe 75+ wird zudem die Alterung der Gesamtstadt eindrucksvoll deutlich. Bei weiter konstanter Gesamteinwohnerzahl war 2009 nur jeder achte Pirna 75 Jahre und älter, aktuell ist es bereits jeder siebente Einwohner und 2027 wird es voraussichtlich bereits jeder fünfte Einwohner sein.

	2009	2010	2011	2012	2013	2022	2027
Einwohner Pirna	39.083	38.606	38.584	38.697	38.743	ca.39.000	ca.38.800
davon 75 Jahre und älter (Anteil an der Gesamteinwohnerzahl)	4.801 (12%)	5.014 (13%)	5.229 (14%)	5.499 (14%)	5.741 (15%)	ca. 6.900 (18%)	ca.7.000 (18%)

Bevölkerungsentwicklung Pirna und Altersgruppe 75+ im Zeitraum 2009-2027

Quelle: Stadt Pirna

Räumliche Verteilung der Altersgruppe 50 + - Schwerpunkte der bisherigen Alterung in Pirna

Innerhalb der Pirnaer Siedlungsstruktur lassen sich drei verdichtete Siedlungsschwerpunkte unterscheiden:

- linkselbische Tallagen um den alten Ortskern Pirna (Inneres Stadtgebiet) (ca. 13.300 Einwohner),
- rechtselbische Tallagen um den alten Ortskern Copitz (ca. 10.050 Einwohner),
- Hochebene des Sonnensteins (ca. 6.350 Einwohner).

Insgesamt leben in den verdichteten Lagen etwa 30.000 Einwohner und damit etwa 3/4 der Pirnaer Bevölkerung. Flankiert werden diese verdichteten Bereiche im nördlichen und südlichen Bereich von einer Reihe von bis heute weitgehend ländlich geprägter Dörfer, die ab den 1920er Jahren eingemeindet wurden:

- Rottwerndorf/Neundorf/Krietzschwitz (ca. 1.500 Einwohner),
- Zehista/Zuschendorf (ca. 800 Einwohner),
- Jessen/Liebenthal (ca. 1.350 Einwohner),
- Mockethal/Zatzschke (ca. 550 Einwohner),
- Graupa/Bonnewitz (ca. 3.350 Einwohner),
- Birkwitz/Pratzschwitz (ca. 1.500 Einwohner).

In den ländlichen Ortslagen leben ca. 9.000 Einwohner und damit etwa ¼ der Pirnaer Bevölkerung

Betrachtet man die räumliche Verteilung der Altersgruppe 50+ im Allgemeinen, dann folgt diese der o.g. Verteilung zwischen verdichteten und ländlichen Ortsteilen. Etwa 78% der Pirnaer, die 50 Jahre und älter sind, ist derzeit (2013) in den Stadtteilen Inneres Stadtgebiet, Sonnenstein und Copitz wohnhaft.

In der relativen Betrachtung fällt auf, dass der Anteil der Gruppe 50+ in den Stadtteilen Sonnenstein (60% der Bewohner) und Copitz (56% der Bewohner) bereits überdurchschnittlich hoch ist und die Alterung hier bereits weit vorangeschritten ist. In den ländlichen Stadtteilen und auch im Stadtteil Inneres Stadtgebiet ist die Bevölkerungsstruktur hingegen noch vergleichsweise jung. Hier hat die reichliche Hälfte der Einwohner das 50. Lebensjahr noch nicht erreicht.

Fazit:

Die o.g. genannten demographischen Veränderungsprozesse in der Stadt Pirna werden eine Reihe von Folgewirkungen in den verschiedensten Handlungsbereichen hervorrufen:

- Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen,
- Verringerung der Kaufkraft bei der zukünftig heranwachsenden Gruppe von Senioren,
- Veränderungen im Wohn-, Kauf-, Freizeit- und Mobilitätsverhalten,
- neue Anforderungen an die Solidarität aller Bevölkerungsschichten.

Der Begriff „Alter“ und „älter werden“ ist oft noch von überkommenen Vorstellungen von im Wesentlichen zu betreuenden und zu versorgenden älteren Menschen geprägt. Jedoch – „Das Alter“ gibt es nicht. Alter ist vielfältig, denn Menschen altern auf sehr unterschiedliche Art und Weise. So

vielfältig sich die Lebensläufe nach Ausbildung und Familiengründung ausdifferenzieren, so vielgestaltig entwickeln sie sich erst recht mit zunehmendem Alter. Das Themenspektrum reicht hier von „A“ wie differenzierte Altersbilder bis hin zu „Z“ wie engagierte Zivilgesellschaft und Teilhabe.

Die soziale Situation der älteren Einwohner wird maßgeblich von der Integration in das gesellschaftliche Leben beeinflusst werden. Entscheidend sind die möglichst lange Eigenständigkeit, Selbstversorgung und aktive Beteiligung am Leben mit dem Vorhandensein entsprechender Strukturen.

Basierend auf den bislang schon in der Stadtverwaltung Pirna vorliegenden Untersuchungen und Erfahrungen sind die Handlungsschwerpunkte in den kommenden Jahren vorrangig auf folgende Bereiche auszurichten:

- Sicherstellung des Vorhandenseins eines angemessenen Anteils seniorengerechten Wohnraumes,
- Schaffung der Grundlagen zur Etablierung neuer, alternativer Wohnformen,
- Aufzeigen von Maßnahmen zur Flexibilisierung der sozialen Infrastruktur,
- Sicherstellung der fundierten Beratung und Hilfestellung in Wohnortnähe,
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins,
- Aktivierung des Bürgerschaftlichen Engagements sowie der Nachbarschaftshilfe,
- Schaffung eines wirkungsvollen Verbundsystems begleitender und unterstützender Hilfen im Alter.

Eine Orientierung an den Leitzielen „Selbstbestimmtheit“ und „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ steht dabei im Vordergrund. Es gilt, die älteren Menschen stärker gesellschaftlich und politisch einzubinden sowie ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu nutzen. Gleichzeitig müssen finanzierbare pflegerische Infrastrukturen und Wohnraumangebote entsprechend der Bedarfe zur Verfügung gestellt werden.

3.2. Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Analyse entsprechend der Bevölkerungsbefragung und objektiven Einschätzung der Verwaltung

3.2.1. Betrachtungsfeld Wohnraumbeschaffenheit

Insgesamt große Zufriedenheit mit Wohnsituation

In der Befragung zur Lebensqualität 50+ konnte gezeigt werden, dass die Stadt Pirna bei „ihren“ älteren Mitbürger/-innen über ein recht positives Image verfügt. Diese weitgehend positive Identifikation mit der Stadt stellt eine Basis dar, auf der Mitwirkung und Akzeptanz aufbauen können. Ein grundlegender Baustein dieser Identifikation dürfte auch die weitgehende Zufriedenheit mit den meisten Aspekten der eigenen Wohnsituation sein. Der Anteil der mit den Merkmalen der eigenen Wohnsituation explizit Zufriedenen liegt meist zwischen 70 und 90 %, meist deutlich weniger als 10 % sind unzufrieden. Eine altersgerechte Wohnungspolitik sollte aber nach Möglichkeiten suchen, diejenigen Aspekte, die bei kleinen aber durchaus relevanten Minderheiten zu Unzufriedenheit führen, zu kommunizieren und mittelfristig – soweit dies im kommunalen Rahmen möglich ist – aufzugreifen. Aus der Befragung zur Lebensqualität 50+ ergeben sich vor allem drei solche Bereiche relativer Unzufriedenheit: Die mangelnde Barrierefreiheit der Wohnung (s.u.), die Höhe der Miete (quantitativ relevant vor allem auf dem Sonnenstein) und die Infrastruktur der Wohnumgebung in einigen Stadtteilen (siehe weiter unten).

Heterogenität der Wohnsituation – Notwendigkeit sozialräumlich differenzierter Konzepte

Die Befragung bestätigt neben dieser weit mehrheitlich positiven Grundeinstellung zur eigenen Wohnsituation ein teilweise sehr starkes Auseinanderklaffen der Wohn- und Lebensbedingungen. Insbesondere hinsichtlich Barrierefreiheit und Infrastruktur ist dies offensichtlich. Während sich beispielsweise in den Stadtteilen Sonnenstein, Copitz und Altstadt nur jeweils zwei bis vier Prozent der Befragten (eher) unzufrieden zeigen, liefert die Befragung auch mehrere Orts- bzw. Stadtteile mit erheblichen Defiziten: Eher oder sehr unzufrieden äußern sich mit der jeweiligen Infrastruktur in der Südvorstadt 31 %, in Graupa 33 %, in Rottwerndorf 49 %, in Pratzschwitz 50 %, in den übrigen rechtselbischen ländlichen Gebieten 50 %, in den übrigen linkselbischen ländlichen Gebieten gar 52 %.

In den Expertenrunden zum SPK wurden weitere Problembereiche mit Bezug auf die Wohnungssituation benannt: Der große Leerstand in der Südvorstadt (Abwanderungsbewegung), aufgrund unzureichender barrierearmer Wohneinheiten infolge schwieriger vorhandener Gebäudestrukturen, Fehlen eines Stadtteilzentrums mit Nahversorgung.

Insofern sind die Akteure auch im Bereich Seniorenpolitik zwingend angehalten, eine Basis zu schaffen für eine kontinuierliche kleinräumige Analyse der Entwicklungen in den Ortsteilen, beispielsweise anhand unterschiedlicher, ggf. aufeinanderfolgender räumlicher Schwerpunktsetzungen.

Gravierendstes Problem: Barrierefreiheit

Sowohl im Ergebnis der repräsentativen Befragung als auch in den Expert/-innenrunden und in den Workshop stellt erweist sich die Barrierefreiheit der Wohnungen als das mit Abstand gravierendste Problem. Und dies gilt sowohl für die objektive Situation (vgl. Abschnitt 3.2) als auch für die subjektive Wahrnehmung der Bewohner/-innen (vgl. Abschnitt 3.3). Gerade auch in den ansonsten gut ausgestatteten Wohnungen in einem Umfeld mit vergleichsweise hervorragender Infrastruktur (Sonnenstein, Copitz) werden hier die Grenzen der Gebäudeausstattung aus DDR-Zeiten spürbar. Neben dem stufenlosen Zugang zur Wohnung (fehlende Fahrstühle) stehen hier Barrieren bei der Nutzung von Bad und Dusche im Vordergrund.

Grenzen beim seniorengerechten Umbau offenlegen

Gerade in Bezug auf die Herstellung von Barrierefreiheit wurden in Workshop wie Expert/-innenrunde von Vertretern der Wohnungswirtschaft eindringlich die Grenzen der Machbarkeit dargelegt: Die Schaffung von Barrierefreiheit sei aus bautechnischen wie aus Kostengründen meist nur im Neubaubereich unproblematisch möglich, ansonsten handle es sich um einen langfristigen Prozess. Nicht jede Wohnfläche sei dazu geeignet, seniorengerecht umgebaut zu werden. Wohnraumanpassungen sind je nach vorhandener Bausubstanz teilweise nur bedingt möglich.

Eines der zentralen Probleme stellt dabei aus der Sicht der Wohnungswirtschaft das Auseinanderfallen von steigenden Ansprüchen und teilweise unrealistischen Erwartungshaltungen der Mieter einerseits und realistisch umsetzbaren Möglichkeiten des Wohnungsumbaus andererseits dar.

Letztlich sei in einer großen – und in Zukunft noch zunehmenden – Anzahl von Fällen ein Umzug unumgänglich, wenn die Bewältigung des Alltags nur noch barrierefrei möglich ist.

Förderung von Umzugsbereitschaft unverzichtbar

Im Widerspruch zu dieser Notwendigkeit steht eine nach den Erfahrungen der Expert/-innen sehr geringe Umzugsbereitschaft im Alter. Diese mangelnde Bereitschaft sei – wie in einer Expertenrunde herausgearbeitet wurde – sowohl durch objektive (Finanzierung des Umzuges und höherer Mietkosten) als auch durch subjektive Faktoren bedingt. Zu letzteren gehört natürlich die Angst, aus vertrauter Umgebung gerissen zu werden sowie die Gewöhnung an eine häufig über Jahrzehnte bewohnte Wohnung und deren Umgebung. Aus der Netzwerkforschung ist bekannt, dass diese Gewöhnung in Bezug auf soziale Kontakte gerade bei älteren Menschen nicht einfach nur Bequemlichkeit, sondern aufgrund des im Alter zunehmend beschränkten Aktionsradius der Menschen eine essentielle Notwendigkeit bei der Alltagsbewältigung darstellt.

Zwar konnte eine relativ geringe Umzugsbereitschaft, gerade der älteren Kohorten (über 75 Jahre) auch in der Befragung bestätigt werden. Mit 24 % derer, die einen Umzug für sich sicher oder wahrscheinlich planen – und 33 % bei den 50 – 64jährigen – dürfte aber ein ausreichender Resonanzboden für die Einsicht in die Notwendigkeit einer räumlichen Veränderung vorhanden sein. Auch die Antworten zu den akzeptablen Umzugsgründen zeigen, dass gerade Aspekte, die die Themenfelder Gesundheit, Betreuung und Pflege betreffen, sehr wohl eine gewisse Bereitschaft zur räumlichen Veränderung mit sich bringen dürften (vgl. oben).

Die Förderung der Umzugsbereitschaft sollte dabei

- a) eine frühzeitige Beratung zu Wohnungsanpassungen umfassen, die sich vor allem auch an „jüngere Alte“ wendet (also bspw. die 50 bis 65jährigen, die noch eine größere Bereitschaft aufweisen und ggf. mit dem Übergang in den Ruhestand ohnehin größere biographische Veränderungen zu bewältigen haben) und
- b) primär eine Förderung von Umzügen innerhalb des bekannten Umfeldes im Auge haben, bspw. über Modelle des Wohnungstausches.

Informationsmanagement verbessern, Transparenz schaffen

Ein wesentlicher Stellenwert kommt dabei einem gut abgestimmten Informationsmanagement zur Beratung bzgl. einer Wohnraumanpassung zu. Dies betrifft zunächst sog. „weiche“ Faktoren der Informationspolitik und erscheint durch ein passförmiges seniorenpolitisches Konzept leistbar.

Dabei müsse aber die Auseinandersetzung über die Machbarkeit – wie insbesondere von der Seniorenvertretung angemahnt wurde – mit den Bürgern zusammen passieren. Dazu gehöre die Ermittlung der tatsächlichen Bedarfe der Betroffenen im Wohnbereich („Was wird gebraucht? Was gibt es schon?“) und die systematische Gegenüberstellung von Wünschen und (finanziellen) Möglichkeiten. Es müsse vermieden werden, „dass ungefragt Angebote geschaffen werden, die dann niemand nutzt“. Schließlich gehöre dazu auch ein Eingehen auf spezielle Problematiken in den unterschiedlichen Sozialräumen.

Bewusstsein für gemeinschaftliche Wohnformen fördern

Die repräsentative Befragung hat ergeben, dass sich gerade einmal rund zwei Prozent der älteren Pirnaerinnen und Pirnaer gemeinschaftliche Wohnformen „auf jeden Fall“ vorstellen können.

Immerhin 15 % wären „unter Umständen“ bereit, darüber nachzudenken. Diese Ergebnisse korrespondieren weitgehend mit den Expertenstatements auf dem Workshop und in den Gesprächsrunden, die von der Erfahrung berichten, dass solche Wohnformen keine Akzeptanz finden. So berichtet ein Vertreter der Wohnungswirtschaft, gemeinschaftliche Wohnformen für Senior/-innen seien bereits in Planung, „es wurde aber noch nie danach gefragt“. Dazu sei ein „Bewusstseinswandel in der Bevölkerung“ notwendig, mithin noch viel Überzeugungsarbeit notwendig.

Dennoch bestand weitgehend Konsens darüber, dass gemeinschaftliches Wohnen in Zukunft angesichts sozialer Entwicklungen (Rentenniveau) eine größere Rolle spielen wird. Inwieweit gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen dem gemeinschaftlichen Wohnen unter Senior/-innen vorzuziehen ist, darüber können an dieser Stelle keine Aussagen gemacht werden. Dies dürfte in starkem Maße von situativen Bedingungen und biographischen Vorerfahrungen der potenziellen Interessent/-innen abhängen. Der Vertreter einer Wohnungsgenossenschaft berichtet in diesem Zusammenhang aber auch von massiven Problemen: „Jüngere Mieter werden gemobbt, wenn sie mit Kindern ins gleiche Haus gelassen werden“.

In der Tat wäre es somit eine Aufgabe eines seniorspolitischen Konzeptes, hier Möglichkeiten aufzuzeigen und ggf. an die Forcierung eines modellhaften Projektes mit entsprechender Ausstrahlungskraft zu denken. Auch hier wiederum gilt: Ein Sich-Einlassen auf derartig neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens dürfte nur von Erfolg gekrönt sein, wenn es ermöglicht wird, solange „das Kind noch nicht in den Brunnen gefallen ist“ – mithin in einer biographisch relativ weit vor dem Ruhestand liegenden Lebensphase.

Heterogenität der älteren Bevölkerung beachten

Schließlich ist – und dies nicht nur beim Thema Wohnen – die (vorhandene und weiter zunehmende) Heterogenität der älteren Generation(en) zu beachten. Nicht zuletzt die repräsentative Befragung hat diese Vielfalt und Unterschiedlichkeit der „älteren“ Bevölkerung gezeigt. Es gibt nicht „das Alter“ oder „die Alten“ sondern eine große Spanne von Lebenslagen und Lebensentwürfen, die zunehmend das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Möglichkeiten abbilden – mehr denn je auch im Alter. Und es ist – ebenfalls ein Gemeinplatz – eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft im Gange, die neben den gut situierten und „fitten“ Alten auch einen größer werdenden Anteil von Senior/-innen hervorbringen wird, der sich zu großen Teilen durch Sozialhilfe finanzieren muss und der in besonderem Maße auf eine sozial sensible Seniorenpolitik angewiesen scheint.

Nachfolgende SWOT-Übersicht zur Wohnraumbeschaffenheit fasst die o.g. Befunde und Handlungsbedarfe noch einmal zusammen.

Wohnraumbeschaffenheit

Stärken	Chancen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Pirnas Senior/-innen verfügen in einem überdurchschnittlichen Ausmaß über Wohneigentum. ▪ Die Stadt verfügt über Wohngebiete mit einer in den letzten Jahren entstandenen sehr guten Infrastruktur, v.a. auf dem Sonnenstein und in Copitz. ▪ Die Qualität dieser Strukturen wird von der älteren Bevölkerung in hohem Maße anerkannt. ▪ Insgesamt verfügt die Stadt Pirna über ausreichend Wohnraum mit einer angemessenen Basisausstattung. Mehr als die Hälfte der von den Senior/-innen bewohnten Wohnungen verfügt über eine gute Ausstattung. ▪ Auch die Qualität der eigenen Wohnung erfährt von den Senior/-innen eine insgesamt sehr positive Einschätzung. ▪ Insbesondere in der Kohorte der 50 – 65jährigen zeigt sich etwa ein Drittel durchaus offen für einen ggf. notwendigen Umzug. Die erhobenen Daten sprechen für einen deutlich höheren Anteil mit latenter Umzugsbereitschaft. ▪ Das Mietniveau ist insgesamt noch relativ moderat. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die weit überwiegend positive Identifikation mit der Stadt Pirna, die nicht zuletzt durch die überaus rege Teilnahme an der Befragung dokumentierte Kommunikationsbereitschaft sowie die positive Einschätzung der eigenen Wohnsituation bieten eine belastbare Basis für gemeinschaftliche konstruktive Lösungen zusammen mit den Bürgern. ▪ Trotz durch gegebene Bausubstanz beschränkten Möglichkeiten der weiteren Wohnungsanpassung scheinen durch diese positive Grundhaltung des Großteils der älteren Bevölkerung Verständigungsprozesse möglich, auch wenn sie langen Atem erfordern. ▪ Häufig artikuliert wird vor allem „ein Minimum an kleinen Veränderungen“, mit dem begonnen werden sollte. ▪ Eine Frühzeitige Beratung durch die Wohnungswirtschaft (aber auch durch kommunale Beratung) kann die Bereitschaft für einen Umzug im Alter steigern. ▪ Eine sehr gute Infrastruktur der Neubaugebiete kann vor allem in fortschreitendem Alter (bei bereits eingetretenen Beeinträchtigungen) eine Umzugsbereitschaft innerhalb dieser Gebiete fördern. ▪ Akzeptanz alternativer Wohnformen kann durch Modellprojekt gesteigert werden.
Schwächen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vor allem in den Neubaugebieten ist eine barrierefreie Ausstattung der Wohnung bislang in sehr geringem Ausmaß umgesetzt; dies gilt insbesondere für das Vorhandensein von Personenaufzügen und den barrierefreien Zugang zu den Sanitäranlagen sowie den stufenlosen Zugang zur Wohnung. ▪ Erwartungshaltungen der Mieter/-innen werden von Wohnungswirtschaft als teilweise unrealistisch eingeschätzt. ▪ Aufgrund vorhandener Bausubstanz stößt die weitere Schaffung von Barrierefreiheit an enge Grenzen, und erfordert einen langfristigen Prozess. Wohnraumanpassungen sind z.T. nur bedingt möglich. ▪ Einige Ortsteile (insbesondere Südvorstadt und kleinere ländliche Siedlungsgebiete) weisen deutliche strukturelle Schwächen in der Wohnqualität auf (Bausubstanz, Wohninfrastruktur). ▪ Die Seniorinnen denken erst biographisch sehr spät über Umzug bzw. barrierearme bzw. alternative Wohnformen im Alter nach. ▪ Die Umzugsbereitschaft der älteren Senior/-innen (insb. 75+) ist relativ gering. ▪ Eine Bereitschaft für gem. Wohnformen im Alter nur bei einer Minderheit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die fortschreitende Alterung vor allem in den Plattenbaugebieten führt bei unverändertem Trend zu einer stetig größer werdenden Diskrepanz zwischen Bedürfnissen und Wohnungsausstattung, vor allem in Bezug auf die Barrierefreiheit. ▪ Die bereits zu beobachtende altersbezogene Segregation der Bevölkerung zeichnet sich bereits ab, insbesondere ist bei fortschreitenden demographischen Trends eine weitere Überalterung von Stadtteilen und die Verfestigung „alter“ (Sonnenstein, teilweise auch Copitz) und „junger“ Stadtteile zu erwarten. ▪ Eine weitere Steigerung der Lebenserwartung verstärkt den Bedarf an barrierefreien Wohnungen trotz zu erwartender stagnierender Bevölkerungszahlen. ▪ Wenn es nicht gelingt, durch Information und Sensibilisierung auf eine Steigerung der Umzugsbereitschaft wie auch auf eine Bereitschaft zur Akzeptanz gemeinschaftlicher Wohnformen hinzuwirken, sind massive Probleme hinsichtlich der Bereitstellung eines altersgerechten Wohnraums zu erwarten, wenn sich in einigen Jahren der Anteil der Hochaltrigen deutlich erhöht haben wird.

3.2.2. Betrachtungsfeld – Wohnumfeld/Infrastruktur/Nahversorgung

Wohnumfeld und Infrastruktur

Zu den Themenbereichen Nahversorgung und medizinische Grundversorgung knüpfen die hier formulierten Schlussfolgerungen zu wesentlichen Teilen an das Fazit der „Analyse Wohnumfeld“ durch die Stadt Pirna an, die an den entsprechenden Stellen übernommen werden.

Gute Basis mit deutlichen Schwächen – Einschätzung des Wohnumfeldes durch die Bewohner/-innen

Festzuhalten bleibt zunächst, dass wesentliche Aspekte des Wohnumfeldes insgesamt eine gute Einschätzung durch die älteren Bewohner/-innen erfahren. Allgemein gilt dies für wesentliche Aspekte, die die Wohnqualität beeinflussen und die für Senior/-innen von besonderer Bedeutung sind: Sicherheit, Gemeinschaftsleben, Ruhe, Erholungsmöglichkeiten, Sauberkeit.

Im Hinblick auf die medizinische Versorgung und die Nahversorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs wird eine deutliche Zweiteilung in gut bis sehr gut versorgte Gebiete (Innenstadt, Neubaugebiete) und Gebiete mit großen Versorgungslücken (die Mehrheit der ländlich strukturierten Ortsteile) offenbar.

Überwiegend kritisch bis sehr kritisch schätzen die befragten Bewohner/-innen das Angebot in Bezug auf kulturelle, freizeit- und geselligkeitsbezogene Aspekte (Treffpunkte, Ausgelmöglichkeiten) ein. Abgesehen von der Altstadt und einigen weiteren Bereichen der Innenstadt liegen die Urteile der Befragten hier fast durchweg im negativen Bereich. Diese standardisierten Einschätzungen werden durch zahlreiche und vielfältige Einträge im offenen Bereich des Fragebogens bestätigt. Tendenziell gelten diese Einschätzungen auch für den Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Bildungsangebote. Da es sich hierbei um wesentliche – und künftig an Bedeutung noch hinzugewinnende – „Standortfaktoren“ handelt, die die Lebensqualität im Alter nicht unwesentlich determinieren, sollte ein seniorenpolitisches Konzept diesen Themenbereich unbedingt berücksichtigen und ggf. Zielstellungen dazu erarbeiten.

Beseitigung von Barrieren im öffentlichen Raum

Trotz insgesamt guter bis durchschnittlicher Einschätzungen im Innenstadtbereich und in den Neubaugebieten offenbaren sich Lücken in der Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes (v.a. bezogen auf Gehwege) sowohl in den ländlichen Ortsteilen wie auch in Teilen der Innenstadt. Wie einerseits aus den offenen Antworten im Fragebogen hervorgeht, andererseits auch in der Expertenrunde zum Thema Wohnen mehrfach eingebracht wurde, stellt die Barrierefreiheit der Wege ein Problem für eine starke Minderheit der älteren Bürger/-innen dar. Der Veränderungsbedarf bezieht sich hier vorwiegend auf die Beseitigung von Hindernissen für Personen mit Rollstuhl, Rollator oder Gehhilfen. Thematisiert wurden dabei vor allem der Belag der öffentlichen Wege (bspw.: *„Das Pflaster in der Altstadt für Rollstühle und Begehrbarkeit sehr schlecht“*; *„Die Fußwege im Bereich Postweg sind katastrophal und nicht für Rollator oder Gehhilfen geeignet (DDR-Standard mit Gehwegplatten)“*), barrierefreie Übergänge (*„abgesenkte Übergänge, bei Schnee Übergänge freihalten“*, *„Barrierefreie Übergänge an Straßenkreuzungen“*) und der Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln (*„Bushaltestellen erhöhen, damit ein problemloser Einstieg in den Bus gewährleistet ist“*; *„Bessere Zugangsmöglichkeiten (Geschäfte, Gaststätten u. ä.) für Rollstuhlfahrer“*) (vgl. dazu die Zusammenstellung im Anhang A2). Hier sollte zunächst nach „kleinen Lösungen“ gesucht werden, die auf den Abbau gravierender Barrieren an stark frequentierten Orten zielen.

Reduzierung der Emissionsbelastung

In der Expertenrunde zum Thema Wohnen wurde darüber hinaus eindringlich auf eine starke emissionsbelastete Atmosphäre in Teilen des Stadtgebietes hingewiesen. Dies kann seitens der Verwaltung so nicht bestätigt werden. Somit ist die Anregung, bei Neubaumaßnahmen darauf zu achten, dass diese nicht in Bereichen mit hoher Belastung gebaut werden, gegenstandslos.

Nahversorgung

Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs, sind ein wesentliches Kriterium für ein seniorengerechtes Wohnumfeld. Die Auseinandersetzung mit Stärken und Defiziten in diesem Bereich stellt deshalb ein zentrales Thema bei der Erarbeitung eines seniorenpolitischen Konzeptes dar.

Deutliche Lücken in der Nahversorgung erkennbar

Die durch die Analyse der Stadt Pirna identifizierten Wohngebiete, in denen eine fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgern nicht innerhalb von 500 Metern Wegstrecke (7 bis 10 Minuten) gegeben ist, fördert zunächst eine weitgehende Unterversorgung vor allem in den ländlichen Ortsteilen zu Tage. Auf der rechtselbischen Seite sind davon alle kleineren Ortsteile außer Birkwitz komplett betroffen, Graupa und Copitz jeweils zu Teilen. Ebenso sind alle kleineren linkselbischen Ortsteile komplett betroffen, Zehista zu weiten Teilen. Daneben ist vor allem die Südvorstadt in diesem Sinne komplett unversorgt.

Somit leben etwa 49% (8.151 Personen) der Einwohner/-innen im rechtselbischen Stadtgebiet (insgesamt 16.782) außerhalb der fußläufigen Erreichbarkeit von Nahversorgungsangeboten; davon sind 4.195 Personen 50 Jahre und älter. Linkselbisch können etwa 24 % der Einwohner/-innen (5.342 Personen) keine Nahversorgungseinrichtung innerhalb von 500 m zu Fuß erreichen; davon sind 2.377 Personen 50 Jahre und älter. Demgegenüber ist vor allem in der Innenstadt und auf dem Sonnenstein eine Mehrfachversorgung durch verschiedene Anbieter gegeben.

In der Befragung 50+ werden diese Analysen zur Nahversorgungssituation weitestgehend bestätigt. Die Nahversorgung wird von den Befragten in den innerstädtischen Gebieten Altstadt, Sonstige Innenstadt, Sonnenstein und Copitz sowie im linkselbischen Zehista weit überwiegend positiv eingeschätzt. Besonders kritisch, d.h. überwiegend negativ sind die Urteile der Bewohner/-innen im linkselbischen Rottwerndorf sowie in den kleinen ländlichen Ortsteilen im Süden, in den rechtselbischen Ortsteilen Graupa und Pratzschwitz sowie vor allem in der Südvorstadt. Aus den offenen Antworten ergibt sich bezüglich der fehlenden Nahversorgung vor allem für die Südvorstadt, aber auch für Rottwerndorf und für Graupa dringender Verbesserungsbedarf (vgl. Anhang A2).

Nahversorgungssituation wird sich nicht absehbar verbessern

Im Fachworkshop zum Wohnumfeld wurde nachdrücklich herausgestellt, dass sich die bestehenden Angebotslücken im Rahmen „normaler Marktprozesse“ in den nächsten Jahren nicht schließen werden. In der „Analyse Wohnumfeld“ wird dazu als Fazit festgehalten:

„Es ist derzeit nicht absehbar, dass sich die Nahversorgungssituation in den heute bereits unzureichend fußläufig versorgten Bereichen in den nächsten Jahren verbessern wird. Damit wird sich das Ziel, das Angebot zum Kunden zu bringen, insbesondere für die unversorgten Randbereiche der Stadt nicht realisieren lassen.“ (Abschnitt 4.2.1)

Da die Analyse der Stadt Pirna hier auf Anbieter mit einem Gesamtsortiment (Lebensmittel/Getränke) beschränkt ist, nicht aber – meist kleinere – spezialisierte Anbieter (z.B. Bäcker, Fleischer, Getränkemarkte, Tankstellen, Hofläden, Reformläden etc.) berücksichtigt, wird hiervon ggf. nur ein Teil der Angebotsstrukturen der Nahversorgung im umfassenden Sinn erfasst. Gerade im Sinne einer Mikroanalyse besonders benachteiligter Wohngebiete wären diese aber einzubeziehen, da diese Begrenzung unter Umständen ein verzerrtes Bild entstehen lässt, wo kleinere spezialisierte Anbieter Versorgungslücken abdecken können.

Im Fachworkshop wurde angeregt, zu prüfen, inwieweit eine Einflussnahme der Stadt zur Optimierung der Standortnetze der Nahversorger (v.a. Discounter) über den Bebauungsplan 58 „Strategische Steuerung des Einzelhandels“ möglich ist.

Die Menschen zu den Angeboten bringen

Das Leitbild der „wohnortnahen Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs“ erscheint insgesamt aber nicht realisierbar. Das Ziel, das Angebot zum Kunden zu bringen, lässt sich innerhalb marktwirtschaftlicher Prozesse, nicht ausreichend durch städtische Maßnahmen beeinflussen. In diesem Sinne herrschte auf dem Fachworkshop weitgehende Einigkeit hinsichtlich der Schlussfolgerung aus der „Analyse Wohnumfeld“: „Bestreben der Stadt Pirna für die nächsten Jahre muss es demnach sein, den Kunden aus diesen Gebieten zu akzeptablen Bedingungen möglichst mittels des ÖPNV bzw. alternativer Bedienformen zu den bestehenden Nahversorgungsangeboten zu bringen.“ (Abschnitt 4.2.1)

Vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse bleibt aber festzuhalten, dass sich die Strategie, die „Menschen zum Angebot“ zu bringen und in dieser Hinsicht auf den ÖPNV zu setzen, zumindest in Ortsteilen wie Graupa, Rottwerndorf, Neundorf, Krietzschwitz, Zehista, oder den übrigen ländlichen Gebieten (vor allem im Süden) nur sehr schwer umsetzen lassen dürfte und neben einem Einstellungswandel – auf Seiten der Anbieter wie auch der Kunden – einen gezielten Ausbau der ÖPNV-Verbindungen bzw. alternativer Beförderungskonzepte in besonders unterversorgten Gebieten erfordert, der aber an Grenzen der Finanzierung stößt. Im Interesse der – noch kleinen aber anwachsenden – Minderheit der älteren Menschen ohne verfügbaren PKW, aber auch im Interesse von Ökologie und Verkehrsplanung, müssen Versorgungswege gefördert werden, die nicht auf den motorisierten Individualverkehr setzen.

Internethandel („E-Food“) kann auf absehbare Zeit nur kleinere Lücken schließen

Eine alternative Möglichkeit, das Angebot doch noch zum Kunden zu bringen, stellt grundsätzlich der in den letzten Jahren rasant gewachsene Internethandel (hier im sog. „E-Food“-Bereich) dar. „Die Bedeutung des Internethandels wird im E-Food-Bereich in den nächsten Jahren zunehmen, ohne dass jedoch mittelfristig die bestehenden Versorgungslücken dadurch komplett behoben werden können. Hinzu kommt die für Senioren wichtige soziale Komponente beim Einkauf (soziale Kontakte), die beim Internethandel nicht gegeben ist.“ Diese Aussage aus der „Analyse Wohnumfeld“ (Abschnitt 4.2.1) lässt sich durch die Befragungsergebnisse erhärten: So verfügen momentan nur knapp 55 % der befragten älteren Pirnaer/-innen über einen eigenen Internetzugang. Und insgesamt nutzen derzeit nur etwa fünf Prozent das Internet auch regelmäßig zum Einkaufen im weitesten Sinne, weitere zehn Prozent nutzen es häufiger, knapp 19 % selten und zwei Drittel der Befragten nutzen es nie zum Einkaufen. Berücksichtigt man auch, dass zudem gegenwärtig nur knapp 14 % der Befragten bereit oder in der Lage wären, für die Dienstleistung „Einkaufsdienst/Hauslieferdienst“ zu bezahlen, dann ergibt sich gegenwärtig kaum ein Potenzial zur Nutzung eines Angebotes wie „E-Food“.

Andererseits lässt sich aus der Befragung auch festhalten, dass

- a) in einigen Ortsteilen in Randlage die Bereitschaft, kostenpflichtige Lieferdienste in Anspruch zu nehmen doch deutlich höher ist als im stadtweiten Durchschnitt: So wären bspw. in Pratzschwitz 32 % der Befragungsteilnehmer/-innen, in Zehista, Birkwitz und Graupa zwischen 25 und 27 % bereit, ein entsprechendes Angebot gegen Bezahlung zu nutzen¹⁰,
- b) die Nutzung des Internet zum Einkaufen in den jüngeren Altersgruppen erwartungsgemäß deutlich häufiger stattfindet: So haben in der ältesten Gruppe der 75jährigen und Älteren bislang lediglich 11 % schon (häufig, regelmäßig oder selten) im Internet eingekauft, in der mittleren Gruppe der 65-74jährigen sind es 30 %, bei den 50-64jährigen schon 56 %.

Auch aufgrund dieser Daten wäre die Hoffnung auf eine schnelle Schließung von Versorgungslücken durch Internethandel stark verfrüht; eine langfristige Strategie kann jedoch durchaus aus versorgungstechnischer Sicht erfolversprechend sein. Die oben angesprochene Bedeutung der sozialen Komponente des Einkaufs bleibt davon natürlich unberührt.

¹⁰ Dass dabei aber auch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung und nicht nur die Randlage des Ortsteils oder die schlechte Versorgungssituation eine Rolle spielt, demonstrieren die Befragten aus Rottwerndorf, die trotz schlechter Versorgungssituation nur zu knapp zehn Prozent dazu bereit oder in der Lage wären.

Alternative „Bringdienste“ zur Nahversorgung

Somit wird auf absehbare Zeit eine Versorgungslücke bleiben, von der insbesondere nicht mehr ausreichend mobile, tendenziell hoch betagte und materiell weniger gut situierte Ältere in den randständigen Wohngebieten betroffen sein werden. Kommunale Altenpolitik könnte darauf zielen, diese Lücke zumindest teilweise über Modelle alternativer Bringdienste zu schließen, wie Sie im Bereich der medizinischen Versorgung und der Seniorenmobilität schon häufig erprobt werden¹¹. Dabei ist an (weitgehend) ehrenamtlich getragene Lieferdienste in Kooperation mit dem Einzelhandel, bis hin zur Initiierung eines Logistik- und Distributionszentrum für kleine Läden der Umgebung zu denken, um damit Voraussetzungen für die Einrichtung bzw. Sicherung kleiner Läden zu schaffen, um in möglichst vielen Ortsteilen Nahversorgungslücken schließen zu können.

Veränderte Angebotsstruktur der Nahversorger notwendig

Daneben muss sich aber auch, wie in der „Analyse Wohnumfeld“ herausgearbeitet, die Angebotsstruktur der Nahversorger ändern: „Für die Nahversorger selbst stellt sich zusätzlich die Aufgabe, sich auf die wachsende Kundengruppe der Älteren mit ihren Bedürfnissen verstärkt einzustellen (Angebot kleiner Packungsgrößen, Angebot von Zusatzleistungen wie Einpack- und Bringendienste (u.a. bereits praktiziert vom Einkaufsparadies Birkwitz), barrierefrei und übersichtliche Strukturierung der Ladeneinheit, ausreichende Anzahl von Ruhestationen in den Läden selbst etc.).“ (Abschnitt 4.2.1)

Medizinische Grundversorgung

Große Unterschiede in ärztlicher Versorgung

Nach den Ergebnissen der Befragung 50+ stellt sich die medizinische Versorgungslage in der Altstadt, in Copitz und (mit Einschränkungen) auf dem Sonnenstein als gut bis sehr gut dar. Insbesondere in den ländlichen Stadtteilen, aber auch in der sonstigen Innenstadt (hier mehr noch als in der Südvorstadt) deuten die Ergebnisse auf größere Versorgungslücken hin, die von den Befragten auch sehr klar wahrgenommen werden. Am prekärsten stellt sich die medizinische Versorgungslage nach den Befragungsergebnissen in Birkwitz, in Rottwerndorf, Pratzschwitz und in den übrigen linkselbischen ländlichen Gebieten dar. Allerdings deutet die große Streuung der Einschätzungen in allen ländlichen Ortsteilen sowie in der sonstigen Innenstadt auf die Notwendigkeit einer detaillierten Mikroanalyse des wohngebietsabhängig unterschiedlichen Zugangs zu medizinischer Versorgung hin. Dabei wäre auch zu berücksichtigen, inwieweit räumliche Versorgungslücken de facto durch regelmäßige Hausarztbesuche ausgeglichen werden und somit nicht als Versorgungsdefizit wirken, was sich auch in den Einschätzungen der Befragten niederschlagen kann (vgl. „Analyse Wohnumfeld“, Abschnitt 4.3.1).

Objektiv sind sämtliche kleineren rechtselbischen Ortsteile sowie Teile von Copitz und Graupa fußläufig unversorgt, d.h. es ist kein Arzt der Grundversorgung innerhalb der 500m-Gehdistanz zu erreichen. Im linkselbischen Gebiet gilt dies für alle kleineren Ortsteile mit Ausnahme von Neundorf sowie für Teile der Innenstadt und für Randbereiche des Stadtteiles Sonnenstein.

In der im Fachworkshop präsentierten objektiven Analyse der Stadtverwaltung zur medizinischen Grundversorgung werden weitere Schlussfolgerungen gezogen:

Verbesserung in den unversorgten Gebieten nicht abzusehen

So wurde auch im Fachworkshop aufgezeigt, dass analog der Nahversorgung auch im Bereich der medizinischen Grundversorgung derzeit nicht absehbar ist, dass sich die Versorgungssituation in den heute bereits unzureichend fußläufig versorgten Bereichen in den nächsten Jahren verbessern wird. In ganz Sachsen fehlen derzeit im niedergelassenen Bereich fast 400 Haus- aber auch 100 Fachärzte.

¹¹ Vgl. z.B.: Modellprojekte im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur; <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/146/> (Abruf: 10.8.2014)

Ansiedlung weiterer Hausärzte möglich

Es wurde aber auch dargestellt, dass laut sächsischem Bedarfsplan (2013) im Planungsbereich Pirna noch weitere 5,5 Hausarztstellen zugelassen werden können, bevor der Planungsbereich als „überversorgt“ gelten würde (ebd.). Dabei wurde angeregt zu prüfen, inwieweit ggf. Anreize zur Niederlassung durch ein kommunales Förderprogramm geschaffen werden können.

Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Stadt

Kommunen wie die Stadt Pirna können zwar keinen Arzt anstellen. Sie können jedoch vielfach unterstützend wirken, sofern der Bedarfsplan noch eine Zulassung von Ärzten ermöglicht. Von anderen sächsischen Kommunen bereits praktizierte Unterstützungen umfassen u.a.:

- Mietzuschuss bzw. Mietfreiheit für Praxisräume in kommunalen Liegenschaften,
- Finanzierung des Ausbaus moderner behindertengerechter Praxisräume in kommunalen Liegenschaften,
- Zuschuss für Qualifizierungsmaßnahmen bzw. Sprachkurse für ausländische Ärzte,
- Bereitstellung zinsloser Darlehen (teils bis 100.000€),
- vergünstigter Erwerb von Bauland,
- Umzugskostenzuschuss.

Es gibt bereits eine Reihe von Kommunen (u.a. Wolfsburg, Wolfhagen), die eine Ansiedlung von Ärzten und Ärztinnen innerhalb eines kommunalen Anreizprogramms fördern.

Bestreben der Stadt Pirna für die nächsten Jahre muss es sein, den Patienten aus den unversorgten Bereichen zu akzeptablen Bedingungen möglichst mittels des ÖPNV bzw. alternativer Bedienformen zu den bestehenden Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung zu bringen. (ebd.)

ÖPNV

ÖPNV insgesamt gut bis sehr gut – Lücken abends und an Wochenenden

Die Situation des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Pirna kann heute bereits als gut bis sehr gut bezeichnet werden. Diese Einschätzung durch den Experten, Herrn Sommer, deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen der Befragung zur Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen 50+ in Pirna.

Dabei erhalten die Aspekte der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Verkehrsmittel, die Anzahl der Haltestellen, die Häufigkeit der Verbindungen tagsüber an Werktagen und die Anbindung Pirnas an die Region mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchwegs sehr gute bis gute Bewertungen. Die Bürger/-innen fühlen sich im ÖPNV-Bereich auch weitgehend sicher und der Zustand der Busse und Haltestellen wird ebenfalls als gut eingeschätzt.

Defizite werden hier lediglich bei der Häufigkeit der Verbindungen *tagsüber an Werktagen* in den kleineren ländlichen Gebieten im linkselbischen Süden offenbar.

Klare Defizite zeigen sich allerdings bei der Frage, ob die Häufigkeit der Verbindungen *am Abend und am Wochenende* für ausreichend gehalten wird. Dieser Aspekt wird lediglich noch von den Bewohner/-innen von Altstadt, Copitz, Sonnenstein sowie Jessen relativ deutlich positiv beurteilt (Mittelwert unter 3). Das Urteil der Befragten aller Ortsteile mit dörflichem Ursprung fällt zu diesem Aspekt mit einem mehr oder weniger klar über 3 („teils teils“) liegenden Mittelwert deutlich schlechter aus. Insbesondere die Rottwerndorfer Befragten im Süden und die Pratzschwitzer, Birkwitzer sowie die Befragten aus den übrigen rechtselbischen Ortsteilen im Norden geben hier die kritischsten Einschätzungen ab. Auch aus der Südvorstadt kommen hier mehrheitlich negative Einschätzungen.

Lebensqualität im Alter definiert sich für die ältere Generation offenbar zunehmend auch über eine Mobilität jenseits bloßer alltäglicher Pflichten (wie Einkaufen, Arztbesuch, Behördengänge). Die Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs trägt dem insbesondere in den in den ländlichen Ortsteilen offenbar noch nicht in ausreichendem Maße Rechnung.

Das Auto dominiert – schwache Nutzung des ÖPNV steigerungsfähig

Insgesamt spielt der ÖPNV im Stadtgebiet Pirna bei der Frage nach dem vorwiegend genutzten Verkehrsmittel eine recht geringe Rolle: Dominieren in der Innenstadt und in den Neubaugebieten bei Arzt- bzw. Behördenbesuchen u.ä. die Fußgänger bzw. Radfahrer, so werden diese Wege in allen anderen Ortsteilen zu 75 bis 90 % mit dem PKW erledigt (Selbstfahrer und Mitfahrer zusammen). Zum Einkaufen dominiert auch im innerstädtischen Bereich das Auto, in den anderen Stadtteilen erfolgt das Einkaufen meist zu 80 bis 96 % mit dem PKW. Busse erreichen zum Zwecke des Einkaufens nur in der Südvorstadt eine Nutzungsquote von über 10 %, den Bus als vorwiegendes Verkehrsmittel bei Arztbesuchen, Behördengängen u.ä. nutzen mehr als zehn Prozent der Befragten nur auf dem Sonnenstein, in der Südvorstadt, in Zehista, Rottwerndorf und Birkwitz.

Insgesamt verweisen die Nutzungsquoten der verschiedenen Verkehrsmittel zum Einkaufen auf die problematische Tendenz der Konzentration der Gewerbeflächen in „verkehrsgünstigen“ Randlagen, die in ihrer Fixierung auf den motorisierten Individualverkehr einerseits zu einer Verschlechterung der Situation der Minderheit ohne Zugang zu einem PKW, andererseits zu einer weiteren Zunahme des innerstädtischen Individualverkehrs führt. Zusammen mit den im Bericht (Abschnitt 4.2.2) aufgeführten Befunden zur Einschätzung der Nahversorgungssituation verweisen diese Ergebnisse wiederum darauf, dass sich die Strategie, die „Menschen zum Angebot“ zu bringen, zumindest in Ortsteilen wie Graupa, Rottwerndorf oder den übrigen ländlichen Gebieten (vor allem im Süden), nur sehr schwer umsetzen lassen dürfte – und neben einem Einstellungswandel eine gezielte Anpassung und ggf. Ergänzung der ÖPNV-Verbindungen in besonders unterversorgten Gebieten erfordert.

Großer Bedarf an Radwegen

Der Bedarf an Fuß- und Radwegen bzw. deren Zustand nimmt in den Antworten der Befragten einen hohen Stellenwert ein (vgl. dazu im Detail Anhang A2). Etwa 80 Aussagen zur offenen Frage 24 „Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, um die Lebensqualität der älteren Menschen in Ihrem Ortsteil zu erhöhen?“ beziehen sich auf den Zustand bzw. das Fehlen von Fuß- und Radwegen; 33 davon explizit auf Radwege. Somit erscheint eine gezielte Förderung der Infrastruktur in Bezug auf Fahrradwege als eine Maßnahme, von der – nicht nur, aber angesichts demographischer Trends in zunehmendem Maße auch – Senior/-innen profitieren würden. Dabei gilt es insbesondere jene Stadtteile in den Fokus zu nehmen, in denen auch bei der älteren Bevölkerung bereits in einem nicht unerheblichen Ausmaß Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden (neben den innerstädtischen Bereichen bspw. Jessen, Zehista, Birkwitz, übrige rechtselbische Gebiete) bzw. in denen das Potenzial für die Fahrradnutzung gerade noch nicht ausgeschöpft erscheint.

Fahrpreise werden durchwegs kritisch gesehen – vor allem in den ländlichen Bereichen

In den Statements zum ÖPNV ist die Aussage „Die Fahrpreise sind angemessen“ dasjenige Statement, dass die geringste Zustimmung der Befragung 50+ erfahren hat. Aus den meisten Ortsteilen erreicht die Zustimmung zu dieser Aussage einen Mittelwert um 3, besonders kritisch sind hier die Bewohner/-innen der übrigen ländlichen Gebiete im Süden, einschließlich Rottwerndorf; aber auch die Befragten aus den übrigen ländlichen Gebieten im Norden und aus der Südvorstadt halten die Preise mehrheitlich für unangemessen. Obwohl diese Einschätzungen zum Teil natürlich auch die Sozialstruktur der Bewohner/-innen (mithin deren finanzielle Leistungsfähigkeit) widerspiegeln, belegen auch diese Einschätzungen einmal mehr die strukturelle Benachteiligung der Mehrheit der ländlichen Ortsteile.

Attraktivität des ÖPNV in ländlichen Bereichen verbessern – durch Steigerung der Taktfrequenz

Ein seniorenpolitisches Konzept sieht sich somit auch im Hinblick auf die Entwicklung des ÖPNV vor die Aufgabe gestellt, die Stärken der innerstädtischen Lagen zu sichern, vor allem aber der strukturelle Benachteiligung der ländlichen Ortsteile verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Gerade vor dem Hintergrund der relativ geringen Nutzungsquoten öffentlicher Verkehrsmittel kommt einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV-Angebotes eine wesentliche Bedeutung zu. Auf der Basis der Befragungsergebnisse könnte dies – neben der Schließung struktureller Lücken im Liniennetz – vor

allem anhand einer Anpassung der Verbindungshäufigkeit, vorwiegend am Abend und an Wochenenden, geschehen. Auch eine Benachteiligung der ungünstig gelegenen ländlichen Ortsteile in der Fahrpreisstruktur wäre demnach zu überprüfen.

Begrenzte Möglichkeiten der Ausweitung des ÖPNV

Eine deutliche Grenze erfahren Möglichkeiten der Ausweitung des Betriebes von Buslinien dadurch, dass die Betreiber zwischen den Interessen der Bewohner/-innen peripherer Gebiete und der anderen Fahrgastgruppen abwägen müssen (bspw. unzumutbare Fahrzeitverlängerungen, Haltestelleneinzugsbereiche). Im Fachworkshop wurde auch dargelegt, dass eine gleich hohe ÖPNV-Qualität im Linienverkehr in allen Bereichen der Stadt unrealistisch – da nicht finanzierbar – sei.

Förderung alternativer Verkehrsangebote – Beispiel „Bürgerbus“

Im Fachworkshop zum Thema ÖPNV wurde angeregt, das Projekt des Citybusangebotes in der Altstadt wieder aufzugreifen. Dies wurde auch von mehreren Teilnehmer/-innen der Befragung gefordert

Eine weitere Anregung aus dem Fachworkshop, die sich auch in Statements der Befragten wiederfindet, bezieht sich auf die Umsetzung individueller, alternativer Bedienformen für unterversorgte Bereiche, häufig mit dem Konzept eines sog. Bürgerbusses realisiert. Seit den 1980er Jahren wurden vielfältige Modelle des Bürgerbusses umgesetzt, das Spektrum reicht von Anrufbuslinien bis hin zum täglichen Taktbetrieb. Bürgerbusmodelle laufen in der Regel als Selbsthilfemaßnahmen und werden häufig von Vereinen getragen und ehrenamtlich betrieben. Ein solcher Bürgerbus sollte in der Lage sein, Lücken im öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen und wäre wohl auf eine finanzielle Förderung seitens der Stadt Pirna angewiesen (Anschaffung, Betriebskosten).

Kultur- und Freizeitangebote

Größere Aufmerksamkeit für „weiche“ Standortfaktoren

Ein wesentlicher Aspekt der Lebensqualität im Alter, den kein seniorenpolitisches Konzept, das sich an der gegenwärtigen (und zukünftigen) Lebenswirklichkeit der älteren Bevölkerung ausrichten will, vernachlässigen sollte, sind die kulturellen bzw. Freizeitangebote, die von dieser Bevölkerungsgruppe genutzt werden können und wollen. Die Lebensphase des Alters hat in den letzten Jahrzehnten eine neue Qualität gewonnen, die sich nicht zuletzt in gewandelten (und auch „gehobenen“) Ansprüchen einer älteren Bevölkerung widerspiegelt.

Seniorenpolitik muss sich zwar angesichts der prognostizierten größeren Nachfrage nach kompensatorischen Leistungen und Maßnahmen zum Ausgleich vermehrt zu erwartender Beeinträchtigungen einer rapide alternden Bevölkerung einerseits auf Themen wie Barrierefreiheit, medizinische, Pflege- und Betreuungsangebote sowie auf die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Nahversorgung fokussieren.

Sie sollte aber andererseits nicht außer Acht lassen, dass es die aktiven, länger lebenden und auch länger gesunden Senior/-innen bereits gibt und dass diese mit ihren Erwartungen und ihren Anspruchsniveaus ihre Lebensqualität nicht nur am Vorhandensein einer guten Basisversorgung an medizinischen und sozialen Angeboten plus Barrierefreiheit festmachen, sondern die kulturelle und kommunikative Ebene immer bedeutsamer wird. Lebensqualität im Alter wird zu einem wichtigen „Standortfaktor“ der Kommunen.

Die kulturellen und Freizeitangebote werden wie auch die Ausgelmöglichkeiten (Cafés, Lokale) in der Befragung 50+ außerhalb der Altstadt weitgehend als unzureichend eingeschätzt. Die zentrale Bedeutung dieses Themas wird bislang zu wenig beachtet!

Im Hinblick auf das Seniorenpolitische Gesamtkonzept ergibt sich daraus Handlungsbedarf.

Soziologische Befunde zum Strukturwandel des Alterns wie zur Pluralisierung der Lebensstile im Alter belegen, dass Alter und Altern nicht mehr nur oder vorwiegend aus der Perspektive von Einschränkung und Notwendigkeit gesehen werden dürfen, sondern Optionen zur aktiven Lebensgestaltung im Alter immer wichtiger werden. Bei der Wohnortwahl wird für ältere Menschen neben verkehrlicher Erschließung und guten Versorgungsmöglichkeiten zunehmend auch die Nähe zu kulturellen Angeboten oder generell die Freizeitqualität des Wohnumfeldes wichtig.

Die kommunale Verwaltung kann diese Defizite nicht einfach beheben, sie sollte sich aber zum Ziel setzen, die unterschiedlichen Lebensstile der älteren Generation und die daraus resultierenden Bedürfnisse differenzierter in eine Alterspolitik aufzunehmen. Dabei geht es nicht nur darum, erkannte Defizite abzubauen, sondern auch die darin liegenden Chancen zu nutzen. Denn das Alter, in dem eine umfangreiche Betreuung und Pflege notwendig wird, hat sich deutlich nach hinten, in einen vierten Lebensabschnitt (i.d.R. ab 75 Jahre), verschoben. Erst dieser letzte Abschnitt ist gekennzeichnet durch starke Abhängigkeit und Pflegebedürftigkeit. Und selbst hier bestehen weiterhin Ansprüche nach kultureller und geselliger Teilhabe. Insbesondere den dritten Lebensabschnitt wollen viele Menschen dazu nutzen, solange wie möglich selbständig, aktiv und gesellig zu sein. Und dazu ist eine entsprechende Angebotsstruktur unabdingbar. (Lebensabschnitte siehe Seite 12 oben)

Nachfolgende SWOT- Übersicht zu Wohnumfeld, Infrastruktur und Nahversorgung fasst die o.g. Befunde und Handlungsbedarfe noch einmal zusammen.

Wohnumfeld /Infrastruktur/Nahversorgung

Stärken	Chancen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gute bis sehr gute Angebotsstruktur der Nah- und medizinischen Versorgung in den bevölkerungsstarken Stadtteilen (Innenstadt und Neubaugebiete). ▪ Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum wird hinsichtlich der Grundmerkmale (Sicherheit, Ruhe, Sauberkeit, aber auch Barrierefreiheit) überwiegend positiv eingeschätzt (bei deutlich negativen Einschätzungen in kleineren ländlichen Ortsteilen) ▪ Gute Ansatzpunkte einer weiteren Sicherung/Verbesserung der medizinischen Grundversorgung sind im Instrumentarium kommunaler Fördermöglichkeiten vorhanden. ▪ Gute ÖPNV-Anbindung im gesamten Stadtgebiet und gute Einschätzung zentraler Merkmale (mit Ausnahmen in den dezentralen ländlichen Gebieten) ▪ Deutlich zunehmende Nutzungsquoten bzgl. neuer Medien bei den jüngeren befragten Altersgruppen nicht nur zu Information und Kommunikation, sondern auch zum Einkaufen; die internetaffinen Bewohner/-innen werden mittelfristig auch in den älteren Jahrgängen dominieren. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gut ausgestattete und entwickelte Stadtteile als Kristallisationskerne nutzen. ▪ Stadtteile mit guter Infrastruktur bieten ein Argument für Umzugsbereitschaft. ▪ Die Strategie, die Menschen „zu den Angeboten“ zu bringen, ist angesichts vorhandener Strukturen einzig realistische Alternative, die aber mit innovativen Beförderungskonzepten erreicht werden kann. ▪ Die räumliche Überschaubarkeit der strukturell (hinsichtlich Nahversorgung und medizinischer Versorgung aber auch hinsichtlich besagter „weicher Faktoren“) benachteiligten Gebiete lässt die Implementierung von alternativen Versorgungs- und Mobilitätsformen als durchaus umsetzbar erscheinen – diese können aber nicht rein kommerziell organisiert sein, da sie sich dann oberhalb des für die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung akzeptablen Preisniveaus bewegen würden ⇒ Lösungen durch Kombination mit ehrenamtlichen Anteilen umsetzbar. ▪ Mittel- und langfristig werden sich durch neue Medien (online-Kommunikation) neue Möglichkeiten der kommunalen Informations- und Kommunikationspolitik auch bzgl. Senior/-innen auf tun. Mit einer rechtzeitigen Ergänzung herkömmlicher Angebote in online-Form sollte rechtzeitig begonnen werden. ▪ Eine Steigerung der Seniorenmobilität durch eine Förderung des Radverkehrs scheint auf der Basis der Befragungsergebnisse eine vielversprechende Alternative.
Schwächen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Spaltung des Stadtgebietes mit komplett unterschiedlichen Strukturmerkmalen (bzgl. verkehrlicher Erschließung, Nahversorgung, aber auch Kultur/Freizeit) bei Benachteiligung v.a. der ländlichen Randgebiete (und auch Südvorstadt) ▪ Deutliche Versorgungslücken in der fußläufigen Erreichbarkeit bei Nahversorgung und medizinischer Grundversorgung; sehr kritische Urteile in einigen Stadtteilen. ▪ Vorhandene Angebotslücken sind auch mittelfristig nicht zu schließen. ▪ Lücken in der Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes (v.a. bezogen auf Gehwege) sowohl in den ländlichen Ortsteilen wie auch teilw. i.d. Innenstadt. ▪ Starke Dominanz des motorisierten Individualverkehrs auch bei älterer Bevölkerung, geringe Nutzungsquote des ÖPNV ▪ Außerhalb der Altstadt + Neubaugebiete fast durchweg Unzufriedenheit mit Verbindungshäufigkeit außerhalb der Kernzeiten (Schülerverkehrszeiten); Unzufriedenheit mit Fahrpreisen außerhalb der Altstadt; ▪ Deutlicher Schwachpunkt in den Urteilen der Bevölkerung 50+ sind die „weichen Faktoren“ der Lebensqualität (Kultur-, Freizeit- und Ausgelmöglichkeiten/Treffs) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ländliche Ortsteile mit Randlage könnten zunehmend abgehängt werden und an Attraktivität für Ältere weiter einbüßen. ▪ Nicht ausreichende Verbindungshäufigkeit des ÖPNV abends und an Wochenenden schränkt Mobilität v.a. der BewohnerInnen der Ortsteile in Randlagen ein; wachsendes Mobilitätsbedürfnis dortiger Senior/-innen auch außerhalb der Kernzeiten führt zu Einbußen in der Lebensqualität der Betroffenen und läuft dem Ziel der sozialen Integration zuwider. ▪ Wenn den „weichen Faktoren“ der Lebensqualität im Wohnumfeld keine größere Bedeutung beigemessen wird, läuft die in der älteren Bevölkerung bereits vorhandene kritische Einschätzung dieser Aspekte (bzgl. Kultur-, Freizeit- und Ausgelmöglichkeiten / Treffpunkten) dem Ziel einer angemessenen Lebensqualität im Alter deutlich zuwider. ▪ Zudem leidet das „soziale Miteinander“, wenn es nicht durch förderliche Strukturen (der Kommunikation und Begegnung) begünstigt wird. ▪ Dominanz des motorisierten Individualverkehrs führt (neben ökologischen Aspekten, Emissionsbelastung) zu struktureller Benachteiligung der Bevölkerung ohne PKW ▪ keine verfrühte Hoffnung auf Nutzung neuer Medien wird in den kommenden ca. 10 Jahren

3.2.3. Betrachtungsfeld Partizipation/Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement

Informationsstrukturen schaffen und Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

„Es ist davon auszugehen, dass bei weitem nicht alle an einem Engagement interessierten älteren Menschen in der Lage sind, eine für sie attraktive Tätigkeit zu finden, sei es, weil sie zu wenig über das Spektrum an Möglichkeiten informiert sind, sei es, weil sie nicht wissen, an wen sie sich mit ihren konkreten Vorstellungen wenden können“¹². Anhand der Ergebnisse der Befragung der Pirnaer Bürger der Generation 50+ wird zwar deutlich, dass die ältere Bevölkerung eine vergleichsweise hohe Bereitschaft aufweist, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dass dies jedoch mit einer Konzentration auf einige wenige Bereiche geschieht ist insofern erstaunlich, als die Bedürfnisse, Interessen und Präferenzen älterer Menschen genauso heterogen sind wie die jüngerer Altersgruppen (vgl. ebd.). Diese Beobachtung macht die Notwendigkeit der Schaffung von Vermittlungs- und Informationsstrukturen zum bürgerschaftlichen Engagement deutlich und knüpft somit an eines der Ergebnisse des entsprechenden Fachworkshops an. Diese Strukturen müssen es den älteren Menschen gestatten, sich niedrigschwellig und in persönlichem Kontakt zu einem Ansprechpartner über Möglichkeiten einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu informieren. Dazu bedarf es der Vernetzung und Bündelung von Informationen über Möglichkeiten des Ehrenamts und der Zusammenarbeit mit Trägern ehrenamtlicher Aktivitäten.

Die Öffentlichkeitsarbeit dieser Informationsstruktur sollte dabei so konzipiert sein, dass sie einerseits den gesellschaftlichen Nutzen, andererseits aber auch den Nutzen für den Einzelnen betont. „Es sollte dargelegt werden, dass das Engagement zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Aufrechterhaltung von Gesundheit oder zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit beitragen kann“¹³. In diesem Zusammenhang wurde in der Expertenrunde zum freiwilligen Engagement auch die Förderung einer „Bewusstseinsänderung von ‚Was kriege ich dafür?‘ hin zu ‚Was bringt mir das?‘“ angemahnt.

Auf Engagement bezogene Ungleichheiten berücksichtigen

Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, dass das Engagement der Pirnaer Bürger in starkem Maße von bestimmten Faktoren wie der Haushaltsgröße, vor allem aber vom sozialen Status der Befragten (Einkommen, Qualifikationsniveau) abhängt. Dies macht die „Notwendigkeit einer zielgruppengerechten Ansprache von (potentiell) engagementbereiten Personen und [...] die Notwendigkeit, Engagementfelder zu finden, die deren spezifischen Bedürfnissen, Interessen und Präferenzen angemessen sind“¹⁴ deutlich. Dabei ist auch in Rechnung zu stellen, dass ohne gezielte Engagementpolitik künftig wieder mit einem deutlichen Rückgang der Engagementbereitschaft zu rechnen ist. Freiwilliges Engagement hängt in starkem Maße von der (materiellen) Lebenssituation ab; wenn künftig das Rentenniveau wieder sinkt und zusätzliche materielle Einbußen der Jahrgänge mit nach der „Wende“ gebrochenen Berufsbiographien durchschlagen, schwindet die Basis für freiwilliges Engagement.

Anerkennungskultur ausbauen

Ein weiteres Ergebnis des Fachworkshops und auch der Expertenrunde zum Bürgerschaftlichen Engagement ist das Bekenntnis zur Fortsetzung der öffentlichen Förderung und Würdigung ehrenamtlich tätiger Bürger/-innen. Insofern ist eine „Anerkennungskultur für das freiwillige Engagement [weiter-] zu entwickeln, die immaterielle Formen (wie Auszeichnungen, Ehrungen, Berichterstattung in den Medien) und auch materielle Formen (wie Gutscheine, Weiterbildungen) umfasst“¹⁵. Eine grundsätzliche Verständigung auf institutioneller und politischer Ebene zur zukünftigen Art und Weise derartiger Würdigungen sollte aber die Frage klären, ob bisherige Formen sich als noch zeitgemäß erweisen.

¹² Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): Alter neu denken – Gesellschaftliches Altern als Chance begreifen. Gütersloh. S. 350

¹³ ebd. S. 351

¹⁴ ebd. S. 352

¹⁵ ebd. S. 355

Engagement sichern durch Nachwuchsförderung

Als eines der Ergebnisse der Befragung hat sich die Tatsache herauskristallisiert, dass vor allem diejenigen Bürger auch im Alter ehrenamtlich aktiv sind, die im Laufe ihres Lebens bereits bürgerschaftlich tätig waren. Auch dies knüpft an den Fachworkshop und die Expertenrunde zum Bürgerschaftlichen Engagement an und unterstreicht die Notwendigkeit der Suche nach geeigneten Formen der Nachwuchsförderung für das Ehrenamt, die auch schon vor dem „Seniorenalter“ beginnen muss.

Kooperation der Träger verbessern

Schließlich wurde auf dem Workshop auch thematisiert, dass die Freiwilligenzentrale als Vermittlungsstelle mehr Bereitschaft zum Ehrenamt als vorhandene Einsatzmöglichkeiten verzeichnet. In diesem Zusammenhang wurde die Vermutung geäußert, dass möglicherweise Konkurrenzdenken unter den Vereinen als Träger des Ehrenamtes bzw. freiwilligen Engagements herrsche. Dieses gilt es durch geeignete Strategien der Vertrauensbildung und Kooperation im Sinne einer verstärkten Netzwerkarbeit bzw. Zusammenarbeit der Vereine zum Thema Ehrenamt zu verbessern.

Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements fördern

Zugleich sollte neben den o.g. Strategien aber auch beachtet werden, dass die Diskussion im Kontext der geforderten Aktivierung der Potenziale Älterer sehr stark auf das „soziale Ehrenamt“ als „freiwillige soziale Tätigkeit“ bezogen ist. Herkömmliche Versuche von Kommunen und intermediären Organisationen zur Förderung des Ehrenamtes über Angebote wie Ehrenamtsbörsen u.ä. sind oft noch zu wenig auf die Bedürfnisse und Potenziale einer neuen Generation Älterer zugeschnitten und ignorieren noch weitgehend den konstatierten Strukturwandel des Ehrenamts.

Dabei vollziehen sich seit geraumer Zeit Wandlungsprozesse, die gegenwärtig immer stärker auch die Generation der Älteren erfasst haben und in den nächsten Jahren verstärkt erfassen werden: Künftig stehen immer mehr Menschen an der Schwelle zum Ruhestand, deren Generation stark von Bildungsexpansion und Wertewandel seit den 60er bzw. 70er Jahren – bzw. in Ostdeutschland nach der „Wende“ – geprägt ist. Diese Generation ist in großen Teilen gut qualifiziert, stärker auf Partizipation und Selbstentfaltung orientiert und auch anspruchsvoller gegenüber selbst gewählten Engagementformen. Für das gesellschaftliche Engagement dieser Generation bedeutet dies auch, dass sich vor dem Hintergrund von Individualisierungs- und Wertewandelsdiskussion auch ein Motivwandel bezüglich „Ehrenamt“ bzw. „bürgerschaftlichem Engagement“ vollzogen hat. War das „traditionelle“ Ehrenamt eher als „Tätigkeit für andere“ im Sinne des sozialen Ehrenamts zu begreifen, so handelt es sich beim „neuen“ Ehrenamt eher um „Tätigkeiten für sich und für andere“: „Statt altruistischer Hilfe werden Partizipation und Teilhabe als Handlungsmotive herausgestellt, wie auch entsprechende Nutzenvorteile in Form von (...) „process benefits“ für die Beteiligten, und generell ein Wandel von Pflicht- und Akzeptanz- zu Selbstentfaltungswerten identifiziert“¹⁶. Dabei wird auch ein stärkerer Biographiebezug im freiwilligen Engagement konstatiert: Engagement sei somit nicht mehr primär auf die „Bearbeitung sozialer Problemlagen“ orientiert, sondern erhalte „einen neuartigen Aspekt der biographischen ‚Selbst-Hilfe‘“. Dieser Trend bedeutet – wie im Expertengespräch thematisiert wurde – auch, dass Mitspracherecht und Möglichkeiten der Meinungsäußerung stärkere Beachtung finden müssen.

„Vergessene Alte“ in die Gemeinschaft zurückführen

Ein letztes Ziel, das im Kontext von Workshop und Expertenrunde wiederholt zur Sprache kam, ist der Wunsch, „vergessene Alte“ einzubeziehen, ältere und einsame Menschen *„aus der Einsamkeit in die Gemeinschaft zurückzuführen“*. In diesem Sinne seien Strategien gefragt, die Wege aufzeigen, *„wie man an die ‚vergessenen Alten‘ herankommt“*.

¹⁶ Kühnemund, Harald/Jürgen Schupp (2008): Konjunkturen des Ehrenamts – Diskurse und Empirie. In: Erlinghagen/Hank, a.a.O., S. 146

Partizipation/Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement

Stärken	Chancen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Insgesamt durchschnittliche bis gute Engagementbereitschaft der Pirnaer Senior/-innen (allerdings muss zwischen „aktiven“ und „passiven“ Formen der Beteiligung unterschieden werden). ▪ Besonders die älteren Jahrgänge (65+) zeigen in Pirna überdurchschnittliches Interesse an Engagement und öffentlicher Beteiligung. ▪ Sehr aktive Seniorenvertretung. ▪ Von der Mehrheit der Befragten empfundene Defizite in den Bereichen Freizeit-/Kulturangebote und Mobilität kann als Motivationsfaktor für „selbstorganisierte“ Veränderung fungieren ▪ Bereitschaft zu kurzfristigen, punktuellen Formen des Engagements ist nach Experteneinschätzung größer als für längerfristiges Engagement. ▪ Nicht zuletzt zeigt die überaus große Teilnahme an der Befragung 50+, dass ein grundlegendes Interesse der Beteiligung und Einmischung bzgl. öffentlicher bzw. kommunalpolitischer Angelegenheiten vorhanden ist. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorhandene Partizipationsstrukturen im Seniorenbereich nutzen (zur Gewinnung von „Nachwuchs“). ▪ Insbesondere für teilweise ehrenamtsbasierte Angebote bzgl. Mobilität und Transport scheint in Pirna aufgrund des hohen Stellenwert des motorisierten Individualverkehrs gute Voraussetzungen vorhanden (bspw. ehrenamtliche Fahrer). ▪ Ggf. sind neue Formen der Anerkennung freiwilligen Engagements erfolgversprechender. ▪ Genügend Ansatzpunkte und Bedarfe für „neue“ selbstorganisierte, Selbstverwirklichung und Mitsprache ermöglichende Formen des freiwilligen Engagements sind vorhanden (bspw. in Seniorenvertretung) ▪ Der mangelnden Informiertheit, Selbstzweifeln und ein einseitigem Bild vom Ehrenamt, die als wesentliche Hindernisse für Engagement erkennbar sind, kann mit einer koordinierten und vernetzten Informationspolitik begegnet werden; dabei spielt aber die persönliche Ansprache eine bedeutende Rolle. ▪ Von der Mehrheit der Befragten empfundene Defizite im Bereich Freizeit- / Kulturangebote aber auch im Bereich Mobilität können zur Motivationsbasis und damit zur Chance für freiwilliges Engagement in diesen Bereichen werden, wenn es gelingt, die Möglichkeiten der Behebung dieser Defizite durch freiwilliges Engagement zu kommunizieren – und nach Möglichkeit auch durch die Stadt zu fördern.
Schwächen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stark divergierende Engagementbereitschaft nach sozialem Status (Einkommen, Bildungsniveau) auch in Pirna. ▪ Unzureichende Informiertheit über Möglichkeiten der Ehrenamtsausübung. ▪ Abnahme der (langfristig engagierten) Freiwilligen zeichnet sich auch in Pirna ab. ▪ Kooperation und Vernetzung zwischen Trägern des freiwilligen Engagements ist defizitär. ▪ Vermutung des Konkurrenzdenkens zwischen Trägerorganisationen freiwilligen Engagements. ▪ Eine zu starke Fokussierung auf das „klassische soziale Ehrenamt“ bringt Vorteile freiwilligen Engagements bzgl. Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentwicklung zu wenig zur Geltung („Ehrenamt als Last“) ▪ Anerkennungskultur für des Ehrenamtes wird nicht als ausreichend empfunden. ▪ Potential älterer Menschen größtenteils zu ungenutzt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterer Rückgang der Engagementbereitschaft aufgrund sinkender Rentenniveaus und gebrochener Berufsbiographien. ▪ Einsame, „vergessene Alte“ werden ohne zusätzliche Anstrengungen nicht erreicht. ▪ Gefahr der Substitution öffentlicher sozialer Leistungen durch freiwillig Engagierte („Ausnutzung“ älterer Engagierter als „Sozialstaatersatz“); hierdurch besteht auch das Risiko des Ersatzes professioneller Leistungen durch „Laien“ – was insbesondere im Bereich der Pflege(hilfs)leistungen kritisch zu sehen ist. ▪ Zersplitterung der Informationen und Angebote zu Engagementmöglichkeiten, wenn es nicht gelingt, diese besser quartiersbezogen zu bündeln (bspw. Stadtteilzentren als Koordinatoren).

3.2.4. Betrachtungsfeld Betreuungs-, Pflege- Kommunikationsangebote, behördliche Hilfesysteme

Insgesamt ausreichende Anzahl von Betreuungsangeboten im Stadtgebiet vorhanden

Um so lange wie möglich im gewohnten Wohnumfeld zu verbleiben, sind entsprechende Betreuungsangebote vor Ort notwendig bzw. muss es Hilfsmöglichkeit geben, zu den Angeboten zu gelangen.

Insgesamt existieren im Stadtgebiet eine ausreichende Anzahl von Begegnungs- und Kommunikations- als auch Beratungs- und Vermittlungsangeboten. Für vorwiegend ländliche Ortsteile mit Defiziten hinsichtlich der Erreichbarkeit der Angebote sind Mobilitätshilfen zu akzeptablen Bedingungen zu entwickeln.

Infolge des Anstiegs pflegebedürftiger Menschen muss vor der stationären Pflege die ambulante Pflege stehen, da das Angebot der vorhandenen Pflegeplätze zukünftig zunehmend unzureichend sein wird (Problematik: Kosten und Pflegepersonal)

Alternative Wohnprojekte, gekoppelt mit Betreuungsangeboten sind quartiersbezogen zu prüfen bzw. zu fördern.

Der regelmäßige Informationsfluss zu bestehenden Hilfs-Angeboten unter zu Hilfenahme **unterschiedlicher Medien ist zu verbessern.**

Informationsstreuung zu bestehenden Angeboten

Neben der Informationsvermittlung über das Internet ist die Beibehaltung bzw. das Angebot einer Info-Broschüre in Papierform zu allen seniorenrelevanten Themen beizubehalten. Ein solches Heft existiert mit dem Seniorenratgeber für Pirna bereits, ist aktuell jedoch vergriffen. Eine Neuauflage dieses Heftes ist anzustreben.

Die Angebote müssten oft niedrigschwelliger organisiert werden. Persönlicher Kontakt und Vertrauen zu den Menschen ist wichtiger als Öffentlichkeitsarbeit; ältere Menschen müssen aufgefordert werden, z. B. Nachbarn, Freunde usw. zu fragen, wo Begegnungen stattfinden.

Es sollten grundsätzlich Überlegungen zur zukünftigen Gestaltung des Informationsflusses für die ältere Generation angestellt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft und sozialen Anbietern ist aktuell in Pirna unzureichend. Durch den immer kleineren Bewegungsradius Älterer muss man sich mit Angeboten darauf einstellen. Das bedeutet, dass Angebote in die Wohnviertel verlegt werden und der vorhandenen Kaufkraft entsprechen müssen.

Ureigenes Interesse der Wohnungsanbieter ist es, die Mieter so lange wie möglich zu halten und aktiv zu unterstützen.

Vermeintliches Angebotsdefizit ist teilweise Informationsdefizit

In den Workshops und Expertenrunden wurde berichtet, dass die Zahl der Angebote (an möglichen sozialen Dienstleistungen) die Nachfrage übersteigt. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das von den Bürger/-innen wahrgenommene Angebotsdefizit letztlich „nur“ ein Informationsdefizit ist. Daraus wurde die Notwendigkeit einer gezielten Informationspolitik abgeleitet, wobei veränderte Kommunikationsgewohnheiten der „jungen Alten“ gegenüber den älteren Jahrgängen in Rechnung zu stellen sind.

Regionale Diskrepanzen überwinden

Die auch in anderen Bereichen immer wieder festzustellende Diskrepanz zwischen den Innenstadt- bzw. Neubaugebieten einerseits und den ländlichen Gebieten links und rechts der Elbe andererseits, sollte genau analysiert werden und Verbesserungen vor allem in den unterversorgten Gebieten angestrebt werden. Der Sonnenstein, die Altstadt und Copitz sind gut aufgestellt, in den anderen Ortsteilen existieren beträchtliche Unterschiede, die aber nicht einfach anhand der Unterscheidung Innenstadt – ländlicher Bereich festzumachen sind.

Orte der Begegnung schaffen

Die befragten Bürger/-innen fragten in großem Umfang Treffpunkte bzw. Orte der Begegnung nach. Die Bereitstellung solcher kommunikativer Angebote, bei denen es vor allem auf die soziale und emotionale Qualität ankommt, sollten vermehrt bereitgestellt werden.

Hemmschwellen überwinden helfen

Im Workshop wurde eingehend die Frage thematisiert, warum denn dann Angebote wie bspw. Cafés nur so schwach genutzt würden. Es wurde darüber weitgehend Konsens erzielt, dass teilweise irrationale Hemmschwellen bestehen, die behutsam durch niedrigschwellige Angebote zu überwinden sind.

Das Angebot zu den Menschen bringen + ergänzende wohnortnahe Angebote

Auch im Kontext der Betreuungsangebote gilt: Dort, wo die verstreuten ländlichen Strukturen die Initiierung eines Angebotes vor Ort nicht erlauben oder nicht rentabel erscheinen lassen, muss die Mobilität der Senior/-innen zu den Angeboten verbessert werden. Daneben sollte aber die Möglichkeit ergänzender wohnortnäherer Angebote geprüft werden.

Tagespresse und persönliche Ansprache geht (noch) vor Internet

Aus der Befragung 50+ geht hervor, dass (insbesondere ältere) Interessierte bislang Informationen größtenteils der regionalen Tagespresse entnehmen. Für ausschließlich digitale Information ist es noch zu früh, da die internetaffinen Jahrgänge erst langsam in das höhere Alter „hineinwachsen“. Insgesamt wurde von den Fachkräften auch immer wieder herausgestellt, dass die persönliche Ansprache von Personen am erfolgreichsten sei. Dies könnte in erster Linie über die jeweiligen Vereine forciert werden.

Dennoch: künftige Bedeutung des Internet auch für Senior/-innen nicht verpassen

Informationsplattformen sollten aber bereits jetzt aufgebaut werden. Grundlegende Informationen (Wo, Was, Wann?) sollten schon jetzt auch über das Internet verfügbar sein, allerdings nicht ausschließlich digital. Es ist sicher davon auszugehen, dass die digitale Kompetenz in den nächsten Jahren mitwachsen wird. Aus den Daten ergibt sich, dass die Grenze der in relevantem Umfang online zu erreichenden Personen etwa zwischen den Jahrgängen 1940-1949 liegt.

Nachfolgende SWOT-Übersicht zu Betreuungsangeboten fasst die o.g. Befunde und Handlungsempfehlungen noch einmal zusammen.

Betreuungs-, Pflege-, und Kommunikationsangebote, behördliche Hilfesysteme

Stärken	Chancen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Insgesamt ist eine gute Basis bei der Ausstattung mit Begegnungs-Kommunikations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten vorhanden. ▪ Der Anteil derer, die vorhandene Angebote nutzen, ist immer deutlich geringer als der Anteil derer, die ein größeres Angebot wünschen. ▪ Grundsätzliche Kooperationsbereitschaft und -Interesse der (privaten und städtischen) Wohnungswirtschaft mit sozialen Diensten ist vorhanden. ▪ Aus der Befragung ergibt sich eine starke Minderheit, die sich zumindest im fortgeschrittenen Alter auch eine Nutzung kommerzieller Angebote (gegen Bezahlung) vorstellen kann, die eine Basis für entsprechende Angebote bilden könnte. ▪ ... 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschen müssen zu den Angeboten gebracht werden; „zugehende“ Dienste sind erforderlich. ▪ Auch im Kontext der Betreuungsangebote gilt: Dort, wo verstreute ländlichen Strukturen die Initiierung eines Angebotes vor Ort nicht erlauben oder nicht rentabel erscheinen lassen, muss die Mobilität der Senior/-innen zu den Angeboten verbessert werden. Dazu sind Mobilitätshilfen zu akzeptablen Bedingungen zu entwickeln. Daneben sollte aber die Möglichkeit ergänzender wohnortnäherer Angebote geprüft werden. ▪ Ausbau der ambulanten Pflege kann Defizite im stationären Bereich mildern. ▪ Quartiersbezogene Förderung alternativer Wohnprojekte (gekoppelt mit Beratungs- und Betreuungsangeboten) dürfte zur Behebung absehbarer Lücken am aussichtsreichsten sein. ▪ Im Sinne einer rechtzeitigen, vorausschauenden Informationspolitik müssen bereits jetzt veränderte Kommunikationsgewohnheiten der „jungen Alten“ gegenüber den älteren Jahrgängen beachtet werden. ▪ Treffpunkte (als Orte der Begegnung) sind mit relativ günstigem Aufwand zu schaffen (auch mit Einbeziehung freiwillig Engagierter); eine Bereitstellung solcher kommunikativer Angebote, bei denen es vor allem auf die soziale und emotionale Qualität ankommt, kann als eine Art Katalysator für den weiteren Informationsfluss fungieren.
Schwächen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Defizite bestehen bzgl. der Erreichbarkeit vorwiegend in den ländlichen Stadtteilen. ▪ Informationsdefizit bzgl. vorhandener Angebote; insbesondere auch hinsichtlich des Grundsatzes „ambulant vor stationär“. ▪ Informationsdefizite belegen, dass manche Angebote zu „hochschwellig“ erreichbar sind. Online-Angebote können in den nächsten 10-15 Jahren Lücken noch nicht füllen. ▪ Unzureichende Zusammenarbeit zwischen Wohnungsunternehmen und Anbietern sozialer Leistungen, bisher keine Übereinkunft zw. Wohnungsanbietern und sozialen Vereinen bzw. Dienstleistern zu quartiersbezogenen Betreuungsleistungen. ▪ Gerade im Bereich von kommunikativen und Angeboten, und kommerziellen marktförmigen Angeboten (bspw. Cafés, Kulturangebote) werden von der Mehrheit der Befragten starke Defizite gesehen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das Angebot der vorhandenen Pflegeplätze wird angesichts demographischer Entwicklung zukünftig zunehmend unzureichend sein. ▪ Der Informationsfluss zu bestehenden Hilfs-Angeboten bleibt defizitär, wenn keine koordinierte Zusammenarbeit (Vernetzung) von Anbietern und Beratungseinrichtungen erreicht wird. ▪ Die auch in anderen Bereichen immer wieder festzustellende Diskrepanz zwischen den Innenstadt- bzw. Neubaugebieten einerseits und den ländlichen Gebieten links und rechts der Elbe andererseits und eine Konzentration auf die (ohnehin schon gut versorgten) bevölkerungsstarken Gebiete bergen das Risiko einer weiteren Abkoppelung der ländlichen Gebiete, in denen sich herkömmliche Angebote mangels Masse nicht „rechnen“. ▪ Wenn es nicht gelingt, Hemmschwellen überwinden zu helfen, besteht auch im Hinblick auf Betreuungsangebote und soziale Dienstleistungen generell die Gefahr, dass die „vergessenen Alten“ zunehmend abgekoppelt werden

4 Maßnahmenplan

In der vorangegangenen Betrachtung wurde ausgehend vom Bericht der Evangelischen Hochschule Dresden die Lebenssituation der älteren Bürgerinnen und Bürger von Pirna beschrieben. Sie spiegelt das Ergebnis der Bürgerbefragung, der durchgeführten Diskussionsrunden und den Standpunkt der eigens gebildeten Lenkungsgruppe wider.

Die Situationsanalyse zeigt, dass es in vielen Bereichen bereits gute Voraussetzungen für eine selbstbestimmte und selbständige Lebensführung bis ins hohe Alter gibt, auch wenn stadtteilbezogen mit unterschiedlichem Ergebnis. Es wurden entsprechende Schlussfolgerungen /Handlungsempfehlungen zu bestehenden Schwachstellen erarbeitet, untersetzt mit konkreten Maßnahmen.

Jedoch sind nicht alle Lebensbedingungen seitens der Kommune beeinflussbar. Der separat erstellte Maßnahmenplan enthält demzufolge größtenteils nur Themen welche durch die Stadt selbst und ihre Partner auf kommunaler Ebene – Freie Träger der Wohlfahrtspflege und Seniorenorganisationen umgesetzt werden können. Gleichzeitig sind hier unbedingt aber auch die Initiativen lokaler Unternehmen gefragt.

Die Gliederung der Maßnahmen ergibt sich aus dem Zielsystem entsprechend des Leitbildes der Stadt Pirna 2030. Außerdem erfolgt eine Zuordnung zu den 4 festgesetzten Handlungsfeldern. Diese können sich themenbedingt auch überschneiden.

Der erarbeitete Maßnahmenplan ist nicht Bestandteil diese Konzeption. Er wurde als gesondertes Arbeitspapier erstellt und soll dem Stadtrat zur separaten Beschlussfassung vorgelegt werden.

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für Pirna				Stand: 15.10.2014
Analyse : Ergebnisse - Befragung/Workshops, Handlungsempfehlungen, Maßnahmen zur Zielumsetzung				
1. Oberziel: Gewährleistung einer möglichst langen und selbständigen Lebensführung bis ins hohe Alter				
1.1. Unterziel: Schrittweise Schaffung bedarfsgerechten Wohnraumes				
Fazit - Ergebnisse der Analyse	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Verantwortlichkeit	Bezug zum Handlungsfeld
<ul style="list-style-type: none"> * starke Differenzen zwischen den Stadtteilen bzgl. der Barrierefreiheit * Grundproblem: nicht vorhandener stufenloser Zugang zur Wohnung, Bad/ Dusche, unzureichende Türbreiten * begrenzte Möglichkeiten des Umbaus infolge bautechnischer Gegebenheiten der Altsubstanz (Kostenumfang) * teils unrealistische Erwartungshaltung der Mieter * geringe Umzugsbereitschaft in barriereärmere Wohneinheiten * geringes bis nicht vorhandenes Interesse an alternativen Wohnformen 	<ul style="list-style-type: none"> * Notwendigkeit sozialräumlich differenzierter Konzepte der Stadtentwicklung /Fördermöglichkeiten * Verständigung mit Bürgern in Gang setzten (langfristiger Prozess der Aufklärung und Information/ Grenzen beim seniorengerechten Umbau offenlegen) * Förderung von Umzügen im gewohnten Wohnumfeld * frühzeitige Beratung zu Wohnungsanpassungen/ Umzugshilfen/ Umzugsmöglichkeiten * Informationsmanagement zu finanziellen Hilfen bei Umbauten hinsichtlich des Barrierenabbaus/Hilfsmitteln Akzeptanz von Mehrkosten für modernen Wohnraum * Bewußtseinsbildung zur Notwendigkeit/ Möglichkeit alternativer Wohnformen - Modellprojekt entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> * Fortschreibung INSEK , Berücksichtigung bei der Erarbeitung differenzierter Quartierskonzepte * Erarbeitung einer Informationsplattform zum Thema barrierefreies, barrierearmes Wohnen in Pirna: <ul style="list-style-type: none"> - vorhandene barrierearme Wohnraumangebote - Ergänzung der Bauherrenmappe zum Thema - vorhandene Beratungsangebote (Wohnraumampassung und - umbau, finanzielle Hilfen) * Durchführung von Informationsveranstaltungen für die Bürger zum Thema Wohnen im Alter (vorhandene Möglichkeiten, Vorstellung alternativer Wohnmodelle) * Vermittlung zu den vorhandenen Beratungsstellen und Landkreis 	FG 32,40,61,68, Ö, Wohnungsanbieter	1,3
1.2. Unterziel: Sicherstellung der wohnortnahen Nahversorgung und Erhalt der Mobilität				
<ul style="list-style-type: none"> * starke Differenzen wohnortnaher Grundversorgung zwischen den Stadtteilen * deutliche Versorgungslücken in der fußläufigen Erreichbarkeit bei Nahversorgung und medizinischer Grundversorgung * bestehende Angebotslücken in den nächsten Jahren nicht schließbar - Menschen müssen zu den Angeboten gebracht werden ! * ÖPNV- gute Anbindung im gesamten Stadtgebiet/ aber unzureichend außerhalb der Schülerverkehrszeiten * Auto dominiert/ zunehmender Bedarf an Radwegen * Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ist differenziert zufriedenstellend 	<ul style="list-style-type: none"> * Planung, Initiierung von Mobilitätshilfen/alternativen Bedienformen zur Erreichung der Angebote für Personen in unterversorgten Stadtteilen (weniger mobile Personen) * ggf. finanzielle Anreize zur Ansiedlung von Hausärzten * Optimierung der Standortnetze für Einkaufsmärkte des täglichen Bedarfs über B-Plan "Steuerung Einzelhandel" * Belange der älteren Menschen in Stadt- und Verkehrs-entwicklungsplanungen noch stärker berücksichtigen * Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sichern (Sitzbänke mit Lehne, öffentliche Toiletten, Straßenbeleuchtung, Sauberkeit) 	<ul style="list-style-type: none"> * Ermittlung des Bedarfs bzw. Einführung von Bringdiensten / Mobilitätshilfen * Wiederaufgreifen des Projektes Citybus * Gesprächsführung mit ÖPNV zum Thema Rufbus/-taxi, Fahrtakte und Linienführung * Berücksichtigung des Themas im Rahmen der Überarbeitung des Verkehrsentwicklungskonzeptes * Optimierung der Standortnetze für Märkte des täglichen Bedarfs über B-Plan "Steuerung Einzelhandel" * Vermittlung zwischen Anbietern und Bürgern * Berücksichtigung der Belange der älteren Bürger bei Erneuerung, Neubeschaffung im Rahmen der Stadtmöblierung * Kommunizieren des Themas öffentliche Toiletten - zusätzliche Angebote im Stadtgebiet 	FG 32,40,61,68/ ÖPNV	2,3

2. Oberziel: Aktive Mitgestaltung , Förderung der Selbsthilfe, Unterstützung des Ehrenamtes				
2.1. Unterziel: Vorhaltung eines ausreichenden Angebots an Begegnungs-, Betreuungs-, Kommunikations- und Hilfsmöglichkeiten				
Fazit - Ergebnisse der Analyse	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Verantwortlichkeit	Bezug zum Handlungsfeld
<p>* insgesamt ausreichende Anzahl von Begegnungs- und Kommunikations- als auch Beratungs- und Vermittlungsangeboten, Defizite bzgl. der Erreichbarkeit vorwiegend in den ländlichen Stadtteilen</p> <p>* vor stationärer Pflege hat ambulante Pflege Vorrang, zu geringe Kenntnis über bestehende Möglichkeiten</p> <p>* bisher keine Übereinkunft zwischen Wohnungsanbietern und sozialen Vereinen bzw. Dienstleistern zu quattrierbezogenen Betreuungsleistungen</p> <p>* Informationsfluss zu bestehenden Hilfs-Angeboten unter zu Hilfenahme unterschiedlicher Medien ist verbesserungswürdig (Internet/Druckvariante ist für die nächsten 10-15 Jahre noch ein Thema)</p> <p>* große Unwissenheit über bestehende zusätzliche finanzielle Hilfsmöglichkeiten nach SGB seitens des Landkreises für Einkommensschwache - Aufklärung erforderlich</p>	<p>* Stärkung der Alltagskompetenz durch entsprechende Bildung und Information in den Begegnungsstätten</p> <p>* Förderung von Mobilitätshilfen zu den Angeboten in unterversorgten Stadtteilen</p> <p>* Beratung und Vermittlung zu Pflegefragen bzw. pflegeergänzenden häuslichen DL verbessern</p> <p>* Erleichterung der Parkplatzsituation in dichtbesiedelten Wohngebieten für die Pflegedienste</p> <p>* Unterstützung der Selbsthilfegruppenarbeit</p> <p>* Sensibilisierung/Vermittlung durch die Stadt zwischen Wohnungsunternehmen und Vereinen zur gemeinsamen Initiierung von Betreuungsangeboten in den unmittelbaren Wohnquartieren</p> <p>* Qualifizierung der Regelmäßigkeit der Informationsvermittlung zu Betreuungs- und Hilfsangeboten durch die Stadt Pirna und die Anbieter selbst</p> <p>* Verbesserung des Transports von Informationen zu finanziellen Hilfsmöglichkeiten über den Landkreis</p> <p>* Informationen breiter streuen durch Suche nach neuen Multiplikatoren</p>	<p>* verstärkte Ausrichtung der inhaltlichen Angebote in den Begegnungsstätten auf Alltagsthemen, Inhalte qualifizieren</p> <p>* Bedarf an Mobilitätshilfen prüfen ; Einrichtung von Fahrdiensten zu den 3 großen Begegnungszentren</p> <p>* Informationsplattform zum Thema Pflege schaffen</p> <p>* Projekt Pflegekoffer</p> <p>* jährliche Info- VA der Pflegekassen</p> <p>* Schaffung speziell gekennzeichnete Parkflächen für Pflegedienste in den dichter besiedelten Wohngebieten (Copitz, Sonnenstein)</p> <p>* Förderung/ Unterstützung des Kontaktes zwischen Wohnungsanbietern und entsprechenden Vereinen</p> <p>* Förderung der Initiierung von Nachbarschaftsangeboten, kleineren Treffs im Wohnquartier für weniger mobile Senioren/</p> <p>* Initiierung einer Info- Börse zu Nachbarschaftsangeboten</p> <p>* Verbesserung der Weitervermittlung über das Bürgerbüro</p> <p>* Neuauflage Seniorenratgeber</p> <p>* altersgerechte Darstellung seniorenrelevanter Themen auf der Internetseite der Stadt</p>	<p>FG 32, 40, 68, Ö, Wohnungsanbieter, Vereine, Pflegekassen</p>	<p>2,3,4</p>

2.2. Unterziel: Förderung gegenseitiger Nachbarschaftshilfe, Erschließung vorhandener Erfahrungen und Ressourcen				
Fazit - Ergebnisse der Analyse	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Verantwortlichkeit	Bezug zum Handlungsfeld
<ul style="list-style-type: none"> * unzureichende Kenntnis zu Möglichkeiten der Ehrenamtsausübung * Generation der langjährigen Ehrenamtler nimmt infolge Überalterung ab * Bereitschaft zum Ehrenamtes abhängig von Alter, Einkommensverhältnissen, Bildungsniveau * Ehrenamt wird eher als Last als Persönlichkeitsförderung gesehen * Bereitschaft für punktuellen Einsatz größer als für längerfristiges regelmäßiges Engagement * Netzwerkarbeit zum Thema Ehrenamt unter den Vereinen unbedingt verbesserungswürdig * Anerkennungskultur für das Ehrenamtes wird als unzureichend empfunden * Engagement zur demokratischen Mitbestimmung der Seniorenpolitik sehr verhalten 	<ul style="list-style-type: none"> * Informationsstrukturen zu Möglichkeiten der Ehrenamtsausübung verbessern und qualifizieren * kein verordnetes Ehrenamt - über gemeinsame Interessen entwickeln lassen * Sensibilisierung dass gegenseitigen Hilfe in Zukunft unabdingbar * Stadtteilzentren mehr als Koordinatoren auftreten * Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement seitens der Stadt prüfen und weiterentwickeln * Aufgabenspektrum der Freiwilligenzentrale ausbauen und fördern /Bewußtseinsstärkung für das Ehrenamt * zielgruppengerichtetes Ansprechen von Personen * Senioren sollen sich für ihre Belange selbst mit einsetzen (Gewinnung neuer Mitglieder für die Seniorenvertretung) 	<ul style="list-style-type: none"> * spezielle Internetplattform zum Ehrenamt erarbeiten * Organisation eines Netzwerkes zur Info über Möglichkeiten der Ehrenamtsausübung * neben Freiwilligenzentrale auch in den Stadtteilzentren Auskunftsöglichkeiten zum Thema Ehrenamt schaffen * Analyse der Grundsätze der Verleihung des Ehrenamtspreises der Stadt Pirna * Förderung der Freiwilligenzentrale bzgl. Weiterentwicklung als Netzwerkkoordinator * regelmäßige Würdigung/ Vorstellung Ehrenamtlicher im Pirnaer Anzeiger * gezielte Ansprache von Bürgern auf OB/BM/FGL - Ebene zur Mitarbeit in der Seniorenvertretung * Weiterführung von speziellen öffentlichen VA zur Darstellung des Ehrenamtes (Notwendigkeit und Nutzen für die Persönlichkeitsentwicklung) 	FG 40/68/ Ö/ soziale Vereine	

5 Quellenverzeichnis

- Bericht zur Begleitung der Erstellung einer Seniorenpolitischen Gesamtkonzeption der Stadt Pirna vom 25.08.2014 (Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden)
- Schlussfolgerungen aus dem Bericht zur Begleitung der Erstellung einer Seniorenpolitischen Gesamtkonzeption der Stadt Pirna (Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden)
- Demographische Betrachtung – Schwerpunkt: Zielgruppe 50 + (Stadt Pirna -Fachgruppe Stadtentwicklung)